

Konzernabschluss 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen des Konzerns	2
1.1	Geschäftsmodell	2
1.2	Ziele und Strategien	2
1.3	Steuerungssystem	6
2	Wirtschaftsbericht	7
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
2.2	Geschäftsverlauf	10
2.3	Ertragslage	12
2.4	Finanzlage	14
2.5	Vermögenslage	16
2.6	Investitionen	17
2.7	Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik	18
3	Risiko-, Chancen- und Prognosebericht	20
3.1	Risikobericht	20
3.2	Chancenbericht	26
3.3	Prognosebericht	29

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Unter dem Dach der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), wird die Energie- und Wärmeversorgung einer prosperierenden Stadt, die Bereitstellung von Trinkwasser und die umweltgerechte Entsorgung von Abwasser sowie die Organisation eines umweltfreundlichen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sichergestellt und zukunftsgerichtet weiterentwickelt. Als Dienstleister und unternehmerischer Partner der Stadt Leipzig sind Versorgungssicherheit und Unternehmenserfolg für die Leipziger Gruppe zentral. Die Leistungen der Daseinsvorsorge in den einzelnen Geschäftsfeldern werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen innerhalb des LVV-Konzerns erbracht. Dabei bewegt sich dieser auf regulierten Märkten wie der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung und dem Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie auf wettbewerblichen Märkten wie der Versorgung mit Energie- und Mobilitätsdienstleistungen. Im Rahmen des polnischen Engagements versorgt die Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Cieplnej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen (GPEC), zusammen mit ihren Tochterunternehmen die Regionen um die nordpolnischen Städte Gdańsk und Sopot mit Wärme.

1.2 Ziele und Strategien

Ausgangspunkt des strategischen Unternehmenskonzeptes für die Leipziger Gruppe sind die im Jahr 2008 von der Stadt Leipzig beschlossenen Eigentümerziele. Ergänzt um weitere Beschlüsse des Stadtrates, wie die Aufstellung eines kommunalen Wärmeplans und die städtische Mobilitätsstrategie, wird damit die Ausrichtung der Leipziger Gruppe bestimmt. Im Fokus stehen die Versorgungssicherheit auf Basis einer modernen und zukunftssicheren Infrastruktur und kundenorientierter Dienstleistungen, die Sicherstellung der ÖPNV-Finanzierung und die Klimaneutralität. Damit sind für das kommende Jahrzehnt steigende Anforderungen an die Leipziger Gruppe verbunden, denen wir uns stellen.

Die aktualisierte Konzernstrategie der Leipziger Gruppe „Sicher, nachhaltig und digital für Leipzig – Zuhause in der Transformation“ mit der langfristigen Finanzperspektive 2045 wurde am 29. Februar 2024 vom Gesellschafter der LVV, der Stadt Leipzig, unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Doppelhaushaltes durch die Rechtsaufsichtsbehörde beschlossen. Sie baut auf den beschlossenen Einzelstrategien der Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und Wasserwerke auf und entwickelt eine gemeinsame Sicht auf Konzernleitplanken und strategische Handlungsfelder, die über Schnittmengen hinaus die große Linie der Leipziger Gruppe bilden.

Mit über 5.000 Mitarbeitenden ist die Leipziger Gruppe einer der größten Arbeitgeber der Region und schafft mit ihren Lieferantenbeziehungen eine erhebliche und wichtige regionale Wertschöpfung. Die kommunalen und politischen Anforderungen mit unternehmerischem Handeln zu verbinden und den Diskurs zwischen Wünschenswertem und Finanzierbarem zu moderieren ist zentrale Aufgabe. Somit wird ein Mehrwert für unsere Gesellschafter geschaffen und für eine realistische und zugleich ambitionierte Umsetzung der strategischen Zielstellungen für die Stadtentwicklung und die Leipziger Stadtgesellschaft gesorgt. Digitalisierung wird als Chance und Erfolgsfaktor der Umsetzung gesehen.

Die Leipziger Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, die Daseinsvorsorge resilient und bis zum Jahr 2040 klimaneutral aufzustellen. Die Leipziger Gruppe investiert in die notwendige Infrastruktur der wachsenden Stadt und treibt im Wesentlichen drei Transformationen voran:

- die Energie- und Wärmewende durch Dekarbonisierung des Energiesystems,
- die nachhaltige Fortentwicklung der Wasserwirtschaft durch Anpassung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung an das Bevölkerungswachstum und den Klimawandel sowie
- die Mobilitätswende durch den bedarfsgerechten sowie ökonomisch vertretbaren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV).

Die anstehenden Transformationen und die damit einhergehenden Investitionen werden ein Kraftakt in vielerlei Hinsicht: Mit Blick auf den damit verbundenen Stadtumbau und die Bautätigkeit, auf die Finanzierung, auf die Begleitung der Kunden auf dem Transformationspfad und den Umgang mit dem drohenden Arbeits- und Fachkräftemangel. Zugleich bilden sie die Basis für die angestrebte Energie- und Mobilitätswende sowie für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Bei dieser gesamtstaatlichen Aufgabe ist die Leipziger Gruppe ein leistungsstarker unternehmerischer Partner, der aber auch den regulatorischen und finanziellen Rahmen braucht, um die Zukunftsaufgaben erfüllen zu können.

Die unternehmerische, nachhaltige Weiterentwicklung unseres Kerngeschäfts mit Blick auf Ergebnisqualität, Produktivität und kommunalen Nutzen stellt die Leipziger Gruppe in den Mittelpunkt des Handelns. Dafür wurden fünf Handlungsfelder definiert: Markt, Kunden, Bürger; Management und Prozesse; Mitarbeiter; Infrastruktur und Ressourcen. Da Digitalisierung in allen Feldern Lösungsbausteine liefert, fungiert sie als Querschnittsbereich. Den strategischen Rahmen bilden Gemeinwohl, wirtschaftliche Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit.

Im Rahmen der Strategie wurde eine Langfristplanung bis 2045 erstellt, die mit Eintreten von gesetzten Prämissen zu dem Ergebnis kommt, dass der LVV-Konzern 97,0 % der geplanten Investitionen aus eigener Kraft stemmen kann. Für die sich ansonsten selbsttragenden Investitionen im Wasser- und Energiebereich wird jedoch in der Gesamtbetrachtung eine Anschubhilfe als eigenkapitalstärkende Maßnahme benötigt. Zur Sicherung der Verkehrsleistungsfinanzierung leistet der LVV-Konzern einen wesentlichen Beitrag. Aufgrund der weiter auseinandergehenden Schere zwischen (zunehmend) gedeckelten Erlösen und steigenden Kosten im ÖPNV, steigen auch die benötigten Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe stark an. Langfristig werden zusätzlich dauerhafte Finanzierungsbausteine von außen notwendig sein. Für die Finanzierung der ÖPNV-Leistung benötigt der LVV-Konzern ertragswirksame Unterstützung (Betriebskostenzuschuss) von Stadt/Land/Bund.

Energie: Die Strategie der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), basiert auf der Sicherung der Hauptgeschäftssäulen, der Erschließung von Wachstumsfeldern in den Märkten sowie der Entwicklung strategischer Perspektiven. Als kommunales Unternehmen tragen die Stadtwerke besondere Verantwortung für langfristige Investitionen und nachhaltige Erträge, um eine zukunftsichere und klimaneutrale Energieversorgung zu gewährleisten. Ein wesentliches strategisches Hauptthema ist die Umsetzung der Energie- und Wärmewende sowie der Ausbau der Strom- und Fernwärmenetze.

Die langfristige Unternehmensstrategie konzentriert sich darauf, das Kerngeschäft zu stärken und Wachstumspotenziale auszuschöpfen. Dabei steht die Transformation der Fernwärme im Mittelpunkt, begleitet vom Ausbau der Netze und der Entwicklung neuer Produkte. Parallel dazu wird die strategische Bedeutung des Gasnetzes abnehmen, mit einer geplanten Stilllegung bis 2045 im Rahmen der politischen Vorgaben.

Der effiziente Betrieb und die Modernisierung der Stromnetze sind essenziell, um Netzengpässe zu vermeiden und die Energieversorgung nachhaltig zu sichern. Zudem soll die Beteiligung an der GPEC weiterentwickelt werden.

Die Implementierung smarter Netze und digitaler Steuerungselemente erhöht die Effizienz der Energieverteilung und verbessert die Versorgungssicherheit. Zudem werden neue strategische Perspektiven erörtert, um innovative Geschäftsfelder zu erschließen. Dazu gehören Technologien der Sektorenkopplung, digitale und innovative Produkte sowie der langfristige Aufbau einer wasserstofffähigen Infrastruktur.

Der Klimaschutz und eine nachhaltige Unternehmensentwicklung stehen im Zentrum der strategischen Ausrichtung. Die Stadtwerke engagieren sich aktiv für die Umsetzung der Klimaziele der Stadt Leipzig und leisten einen Beitrag zur Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045. Der Nachhaltigkeitsbericht und der Nachhaltigkeitsatlas dokumentieren aktuelle und künftige Maßnahmen zur klimaneutralen Daseinsvorsorge. Besondere Schwerpunkte liegen auf nachhaltigen und bedürfnisorientierten Produkten, zukunftsorientierter Technik und Infrastruktur sowie einem starken regionalen Engagement.

Die finanzielle Stabilität bleibt ein zentraler Bestandteil der Strategie, um langfristige Investitionen und nachhaltiges Wachstum zu sichern. Effizienzsteigerungen und wirtschaftliche Optimierung tragen zur Steigerung des EBITDA und zur Stärkung des Eigenkapitals bei. Die nächste strategische Evaluierung und Anpassung sind für das Jahr 2026 vorgesehen, um den dynamischen Entwicklungen in der Energiebranche Rechnung zu tragen.

Mobilität: Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe), ermöglichen mit ihrer Strategie MobilE die Umsetzung der städtischen Nachhaltigkeitsziele und Ratsbeschlüsse zur Mobilität in Leipzig. Die Ziele und die Strategie werden im jährlichen Wirtschafts- und Mittelfristplan konkretisiert. Ziel von MobilE ist es, die Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz des Unternehmens zu erhöhen, die gesellschaftliche Entwicklung sowie den Beitrag zur Verkehrswende abzubilden und die technischen und nachfragebezogenen Entwicklungen aufzugreifen.

Ein Handlungsfeld befasst sich mit der Umsetzung des Nahverkehrsplans und der Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig, der Leipziger Gruppe und der Region. Mit der Erteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) wurde hierbei ein wesentlicher Meilenstein bereits erreicht. Zudem sollen die Verkehrsverträge mit den Landkreisen weiterentwickelt und die Verkehrsfinanzierung durch Bund, Land und Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) ausgebaut werden. Ferner wird eine Festigung der Partnerschaften mit den großen sächsischen Straßenbahnunternehmen angestrebt.

Zudem stehen die Kundengewinnung und -bindung und die bedarfsgerechte Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse in der wachsenden Stadt und im stadtnahen Umland im Fokus der Verkehrsbetriebe. Das Angebotskonzept „Liniennetz der Zukunft“ ist Ausdruck der Ziele des Nahverkehrsplans und des Nachhaltigkeitsszenarios. Auf Basis umfassender Potenzialanalysen und Beteiligungsprozesse wird es kurzfristig zur maßgeblichen Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Stadt Leipzig eingeführt, um neue Kunden für den ÖPNV zu gewinnen.

Weiterhin werden unter Nutzung geeigneter Technologien moderne und leistungsfähige Infrastrukturen geschaffen. Strategische Schwerpunkte sind die multimodale Plattform und App Leipzig MOVE, die um das On-Demand-Shuttle Flexa ergänzt wird, sowie die Umstellung im Busbereich auf emissionsfreie Fahrzeuge, die somit massiv auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen der Gruppe einzahlt. Damit geht die weitere Modernisierung der Liegenschaften einher. Eine weitere Herausforderung ist das Beschaffungsprojekt für die neuen Stadtbahnfahrzeuge XXL Plus. Dieses Projekt ist im aktuellen Marktumfeld äußerst anspruchsvoll. Die Anlieferung erster Fahrzeuge ist für 2025 zu erwarten. Einen elementaren Stellenwert hat zudem das bereits in Umsetzung befindliche Maßnahmenpaket „Basismodul Modernisierung Hauptachsen“, das Teil

des „Rahmenplans zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 für Leipzig“ ist. Mit diesem Programm wird die vorhandene Netzinfrastruktur modernisiert und weiter für einen Einsatz kapazitätsstarker 2,40 Meter breiter Fahrzeuge ertüchtigt. Gleichzeitig wird mit diesem Paket die vollständige Barrierefreiheit im Straßenbahnnetz hergestellt. Die Modernisierung der Hauptachsen ist zudem ein zentrales Element zur Beschleunigung und Qualitätsverbesserung des ÖPNV und zur Vorbereitung zukünftiger Netzerweiterungen.

Das Arbeitgebermarketing und Recruiting sind dabei elementare Bestandteile für die Wachstumsstrategie, ebenso wie die Weiterentwicklung attraktiver Beschäftigungsbedingungen sowie zukunftsorientierte Personalentwicklungsangebote. Die Berufsausbildung ist eine wichtige Zukunftsbasis für die Verkehrsbetriebe im Rahmen des demografischen Wandels und wird zukunftsorientiert und vor dem Hintergrund der digitalen Transformation weiterentwickelt.

Wasser: Mit dem Zukunftsprogramm „Wasser 2030 – Nachhaltig. Zuverlässig. Vernetzt.“ hat die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), eine klare strategische Grundlage für ihr Handeln formuliert. Das Programm beinhaltet für die wichtigsten sechs Handlungsfelder – Infrastruktur, Service, Prozesse/Digitalisierung, Ressourcen-/Klimaschutz, Mitarbeiter und Wirtschaftlichkeit – die strategischen Ziele für die kommenden Jahre bis 2030. Ebenso sind darin die prioritären Maßnahmen und Projekte zur Zielerreichung dargestellt.

Schwerpunktprojekte der Umsetzung des Wasserkonzepts 2030 sind insbesondere die Einhaltung der sich aus dem Generalentwässerungsplan ergebenden Anforderungen insbesondere in der Mischwasserentlastung, der Neubau des Wasserwerks in Naunhof, der sogenannte Ringschluss und das Zubringersystem für Trinkwasser nach Naunhof. Zudem sind planerisch die sich aus der Kommunalen Abwasserrichtlinie der EU ergebenden technischen Maßnahmen zur Vorbereitung einer sogenannten 4. Reinigungsstufe in den Abwasseranlagen der Gesellschaft vorzudenken.

Ein hohes Maß an Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit ist und bleibt zentrales strategisches Ziel und Kernaufgabe der Wasserwerke. Die Umsetzung spiegelt sich in der Einhaltung der Qualitätsnormen für geliefertes Trinkwasser und umweltgerecht aufbereitetes Abwasser sowie in sehr geringen Ausfallraten für Netze und Anlagen wider. Serviceprozesse sind kundenorientiert ausgerichtet mit dem Ziel, eine hohe Kundenzufriedenheit zu gewährleisten, aber auch permanente Effizienzsteigerungen umzusetzen. Schwerpunkt der Tätigkeit wird dabei der nun genehmigte Ausbau des Klärwerks im Rosental mit Blick auf die benötigten Einwohnerwerte durch die Erweiterung der sogenannten biologischen und mechanischen Reinigungsstufe.

Ressourcenschutz in Form eines nachhaltigen und aktiven Schutzes der Trinkwasserressourcen sowie von Umwelt und Gewässern ist Kernaufgabe der Wasserwerke. Im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation werden die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben und selbstgesetzte Nachhaltigkeitsziele zielorientiert umgesetzt. Die eigene ökologisch-landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Trinkwassergewinnungsgebiete durch ein Tochterunternehmen der Wasserwerke ist eine viel beachtete Besonderheit in der Branche und hat auch im Jahr 2024 die Wasserschutzziele einer Stickstoffbilanz von kleiner 30 kgN/ha trotz schwieriger Wetterbedingungen sichergestellt.

Gleichzeitig verstehen sich die Wasserwerke aber auch als Motor einer vorausschauenden Entwicklung für das Ver- und Entsorgungsgebiet und prüfen und planen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden den vorausschauenden und Industriewachstum ermöglichenden Ausbau von weiteren Bezugsquellen und Wasserwerken. Die Wasserwerke verstehen sich dabei explizit als Partner einer regionalen Wasserstoffwirtschaft und Vordenker im Umgang mit Starkregen, Trockenheit, Bewässerung, Kühlung und Kreislaufwirtschaft.

1.3 Steuerungssystem

Zur Steuerung und Führung setzt die Unternehmensgruppe ein zielorientiertes Managementsystem ein. Wesentliche aktive Führungsinstrumente stellen dabei die in der Konzernstrategie festgelegten strategischen Geschäftsleitplanken, der darauf aufbauende Wirtschaftsplan und die damit verbundenen Zielvereinbarungen für die Führungskräfte sowie das konzernweit organisierte Risikomanagementsystem dar.

Im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses werden auf Basis strategischer Vorgaben grundsätzliche Erwägungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung festgesetzt und bewertet. Planungsabweichungen werden durch die Tochtergesellschaften quartalsweise berichtet und innerhalb der Geschäftsführung der LVV diskutiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung abzustimmen. Darüber hinaus erfolgen ad-hoc-Mitteilungen zu Risiken, wenn dies aufgrund der Bedeutung der drohenden Verwirklichung eines Risikos angezeigt ist.

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden insbesondere die Leistungskennzahlen aus den mit den finanzierenden Banken vereinbarten Financial Covenants zugrunde gelegt.

Zentrale Kennzahlen sind dabei der dynamische Verschuldungsgrad sowie die Eigenmittelquote. Für beide wurden Mindestanforderungen festgelegt, deren Nichterreichen unter anderem ein Kündigungsrecht für alle Darlehensgeber zu Folge hat. Für den Erhalt der Finanzierungsfähigkeit des LVV-Konzerns ist daher die Einhaltung der vereinbarten Limits eine elementare Voraussetzung.

Der dynamische Verschuldungsgrad stellt das Verhältnis der Nettoverschuldung zum „adjustierten EBITDA“ (nachfolgend EBITDA) dar. Mit den Darlehensgebern ist vereinbart, dass dieses Verhältnis den Wert von 4,5 nicht überschreiten darf. Zur Ermittlung der Nettoverschuldung des LVV-Konzerns werden von den zinstragenden Verbindlichkeiten – insbesondere gegenüber Darlehensgebern – die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) abgezogen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2024 gemäß den vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes eine preisbereinigte Verminderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 %. Die Entwicklung des BIP war geprägt von den Auswirkungen der Energiepreiskrise, der insgesamt angespannten konjunkturellen Lage sowie der zunehmenden geopolitischen Fragmentierung, wie dem drohenden Wegfall von Teilen der Weltmärkte. Trotz wachsender öffentlicher und privater Konsumausgaben gingen die Investitionen und Ausfuhren deutlich zurück. Für das Jahr 2025 prognostiziert die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten BIP um 0,3 %, wobei geopolitische Risiken und eine schwache Wettbewerbsfähigkeit die Exportperspektiven dämpfen. Positive Impulse werden von der Binnenwirtschaft erwartet, besonders vom privaten Konsum und staatlichen Investitionen.

Die LVV als kommunales Unternehmen bleibt ein wichtiger Akteur für die Stadtentwicklung und die Daseinsvorsorge in Leipzig, wobei die Herausforderungen der gesamtwirtschaftlichen Lage weiterhin sorgfältig zu beobachten und zu managen sind, für ein kommunales und regionales Unternehmen jedoch keine unmittelbare Folgewirkung vermuten lassen.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt in Leipzig hat sich zugunsten derjenigen, die sichere und qualifizierte Arbeitsplätze anbieten, verbessert. Die Zahl der Menschen in festen, versicherungspflichtigen Jobs ist weiter auf 300.530 gestiegen – ein wichtiges Zeichen für Stabilität. Dennoch stieg die Arbeitslosenquote weiter von 7,0 % auf 7,9 % an.

Zum Ende des Jahres 2024 waren 632.562 Menschen mit ihrem Hauptwohnsitz in Leipzig gemeldet – ein Zuwachs von weiteren 3.844 Menschen (0,6 %) gegenüber dem Vorjahr.

Die **energiepolitischen Rahmenbedingungen** des Geschäftsjahres 2024 waren maßgeblich durch die Neufassung beziehungsweise Novellierung einer Reihe von gesetzlichen Grundlagen geprägt.

Ende April 2024 hat der Deutsche Bundestag in abschließender Lesung das Solarpaket I beschlossen. Die Zustimmung des Bundesrates erfolgte wenig später. Das Solarpaket I enthält eine Reihe von Maßnahmen, die den Ausbau von Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien beschleunigen sollen. Dazu zählen Verfahrensverkürzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen sowie von Freiflächenphotovoltaikanlagen sowie ihre stromnetzseitige Erschließung. Daneben besteht die Möglichkeit, Eignungsgebiete für Erneuerbare-Energien-Anlagen auf Dauer zu Beschleunigungsgebieten zu erklären. Eine Erleichterung bietet ebenso das Recht zur Leitungsverlegung auf Grundstücken im Eigentum der öffentlichen Hand.

Die Neufassung des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes (TEHG) wurde ebenso abgeschlossen. Zentrale Elemente der TEHG-Novelle waren neben der Einführung nationaler Rechtsgrundlagen zur Anwendung eines europarechtlich verankerten Kohlendioxidgrenzausgleichssystems (CBAM) die Übertragung des europäischen Emissionshandelssystems auf den Gebäude- und Verkehrssektor (ETS II). Das nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) wird nach dieser Neufassung ab dem Jahr 2027 durch den freien europäischen Handel mit Emissionszertifikaten ersetzt. In diesem Rahmen ist mit tendenziell steigenden Preisen für Brennstoffe auf fossiler Grundlage zu rechnen.

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hatte Ende Januar 2024 entschieden, dass es sich bei den Fördertatbeständen des deutschen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) nicht um Beihilfen handelt, weil diese nicht aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Das EuG wies damit die Auffassung der Kommission

der Europäischen Union (EU-Kommission) zurück, die für die entsprechenden Maßnahmen eine beihilfe-rechtliche Anmeldepflicht angenommen hatte. Dem Urteil zufolge hätte der deutsche Gesetzgeber umfas-senden Spielraum zur Ausgestaltung des KWKG gehabt. Allerdings wurde die Entscheidung des EuG im Jahr 2024 nicht wirksam, weil die EU-Kommission Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingelegt hat. Dessen Urteil steht noch aus.

Nachdem bereits zu Beginn des Jahres 2024 eine Reihe koalitionsinterner Verhandlungsstände zur Kraft-werksstrategie öffentlich geworden waren, sollte mittels Kraftwerkssicherungsgesetz (KWSG) der ab 2028 geplante Kapazitätsmechanismus durch den Zubau gesicherter Kraftwerksleistung ergänzt werden. Die erste Säule sah einen schnellen Zubau von neuen und umfassend modernisierten H₂-ready-Gaskraftwerken vor. In der zweiten Säule sollte die längerfristige Versorgungssicherheit durch netzdienlichen Zubau gesi-cherter Kraftwerkskapazitäten adressiert werden. Dies sollte im Wege der Ausschreibung der zu fördernden Investitionskosten erfolgen. Im weiteren Verfahren erwiesen sich die Entwürfe vor dem Hintergrund des vorzeitigen Endes der Ampelkoalition als nicht mehr umsetzbar. Dies betrifft auch weitere wesentliche Maßgaben des energiepolitischen Geschäftsumfeldes. So wurden unter anderem die Vorarbeiten zur grundlegenden Neufassung des KWKG, der Novellierung der Wärmelieferverordnung und der Allgemeinen Versorgungsbedingungen für Fernwärme nicht mehr für konkrete Änderungen genutzt.

Mit Blick auf die Umsetzung der **Verkehrswende** als gesamtstaatliche Aufgabe werden die Rahmenbedin-gungen für kommunale ÖPNV-Unternehmen durch Entscheidungen der unterschiedlichen Ebenen geprägt. Dabei führen die Ziele von EU, Bund und Land und die dort gesetzten Anforderungen (z. B. Clean Vehicles Directive etc.) zur Finanzierungsverantwortung der genannten Ebenen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die systematische Abkopplung der Fahrpreis- von der Kostenentwick-lung, die durch Festpreisangebote wie das Bildungsticket und die Etablierung des Deutschlandtickets einge-leitet wurde. Abgesehen von geringen Stimulationseffekten bei neuer Nachfrage verhindert die „Preisober-grenze“ („Flatrate“) die wirtschaftliche Beteiligung der Verkehrsunternehmen am Erfolg von Fahrtensteige-rungen. Den wachsenden Betriebskosten, welche die Unternehmen zur Leistungserbringung kompensieren müssen, wird dabei nicht in der Gestalt auskömmlicher Ausgleichszahlungen Rechnung getragen. So wur-den beispielsweise gemäß Deutschlandticket-Finanzierungsverordnung 2024 (DTFinVO2024) die zur Verfü-gung stehenden Mittel zur Vorauszahlung für 2025 um die Hälfte gegenüber 2024 reduziert. Parallel dazu sind Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse bzw. externe Preisentwicklungen entstanden. Zur Sicherung der vereinbarten Verkehrsleistung sind diese Betriebskosten jedoch unumgänglich.

Die dargestellte Entwicklung führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung, welche die Stadt Leipzig und die Leipziger Gruppe als auch die Verkehrsbetriebe selbst abfedern müssen. Dies kann auch die Preiserhö-hung des Deutschlandtickets ab dem 1. Januar 2025 auf 58 EUR pro Monat nicht kompensieren. Infolge der zugrundeliegenden Ausgleichsmechanik führen diese Mehreinnahmen zu einer Reduzierung des Ausglei-ches, sodass sich daraus für die Verkehrsbetriebe kein wirtschaftlicher Vorteil ergibt. Die grundsätzliche Klä-rung zur Finanzierung des ÖPNV bleibt somit weiterhin offen.

Der deutschlandweit umkämpfte Arbeitnehmermarkt und der anhaltende Fachkräfteengpass stellen auch für den ÖPNV-Bereich weiterhin besondere Herausforderungen dar. Die Verkehrsbetriebe wirken den vor-geannten Herausforderungen durch ihre gezielte Arbeitgebermarketing- und Recruiting-Aktivitäten proak-tiv entgegen. Eine gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe erarbeitete Jobvielfältigkeits-kampagne hat deutlich die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Verkehrsbetriebe als attraktiven und vielsei-tigen Arbeitgeber verbessert.

Wesentliche Herausforderungen der **Wasserwerke** sind weiterhin die Erneuerung und Sanierung der beste-henden Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, der gleichzeitig notwendige wassersensible Stadtumbau sowie

Anforderungen an klimaneutrales Wirtschaften. Die notwendigen Investitionen in die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur stellen eine enorme finanzielle, aber auch planerische und bauliche Leistung dar. Zur Umsetzung der regulatorischen Anforderungen rechnet ein durch den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Auftrag gegebenes Gutachten mit einem deutschlandweiten Investitionsbedarf allein der kommunalen Unternehmen in der Branche von ca. 800 Mrd. EUR in den nächsten 20 Jahren. Dies geschieht zudem in einer Zeit des demografischen Wandels mit einem stetig zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte, besonders in den technischen und den IT-bezogenen Berufen. Ebenso herausfordernd ist der mit immer höherer Dynamik stattfindende technologische Wandel hin zu smarten und digitalen Lösungen, die jedoch gleichzeitig den gestiegenen Sicherheitsanforderungen gerecht werden müssen.

Mit der Einordnung als kritische Infrastruktur (KRITIS) ergeben sich für die Wasserwerke in besonderem Maße Anforderungen aus der KRITIS-Verordnung und dem IT-Sicherheitsgesetz. Mit dem etablierten Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS, zertifiziert nach ISO7iEC 27001) entsprechen die Wasserwerke diesen Anforderungen.

Im Versorgungsgebiet der Wasserwerke ist als lokale Besonderheit nach wie vor der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet zu nennen. Im Vergleich zu dem für 2024 durch den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) festgestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 123 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 93 Litern pro Einwohner und Tag im Jahr 2024 damit einem um 24,4 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Damit lag die Durchschnittsmenge pro Einwohner und Tag etwas über dem Niveau des Vorjahres und der Trend eines weiteren Absatzrückganges bei Trinkwasser, der bei vielen anderen Versorgern bundesweit zu beobachten war, konnte somit vorerst aufgehalten werden. Preisanpassungen, die 2024 an die Kunden weitergegeben wurden, sind durch die transparente Kommunikation der Wasserwerke gut an die Bevölkerung vermittelt worden.

Die Anzahl der versorgten Einwohner ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % gestiegen. Im Hinblick auf die Ver- und Entsorgungskapazitäten wird diese Entwicklung seitens der Wasserwerke genau beobachtet und findet Berücksichtigung in der Überarbeitung der langfristigen Ver- und Entsorgungskonzepte.

In dem Zeitraum der vergangenen fünf Jahre hat sich aufgrund der stark zunehmenden Trockenheit auch sehr deutlich gezeigt, wie stark wetterabhängig die Wasserabgabe tatsächlich ist. Dieser Fakt und steigende Absatzspitzen wirken sich auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus.

Der Klimawandel und die damit einhergehende Zunahme von Hitzeperioden und Starkregenereignissen führen zu einem noch stärkeren Fokus auf die Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen an diese Entwicklung. Das Thema „Schwammstadt“, aber auch eine kritische Betrachtung der bestehenden Einleitstellen für die Mischwasserabgabe als Reaktion auf die veränderten Bedingungen wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Aus gesetzgeberischer Sicht ist eine zunehmende Verschärfung der Vorgaben im Hinblick auf Reinigungsleistung, Grenzwerte und Einleitbedingungen zu erwarten. Insgesamt führt dies in Kombination mit steigenden Bau- und Dienstleistungspreisen zu einem hohen Anspannungsgrad für die Wasserwerke. Dies gilt insbesondere auch in Kombination mit den Anforderungen an die Schwesterunternehmen in der Leipziger Gruppe, bei denen zugleich die Herausforderungen der Energie- und Mobilitätswende zu meistern sind.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2024 ist durch folgende wesentliche Kennzahlen im Plan- und Vorjahresvergleich gekennzeichnet:

Kennzahlen

		Plan 2024	Ist 2024	Ist 2023
Konzernergebnis	Mio. EUR	36,2	61,3	54,1
Adjustiertes EBITDA ¹	Mio. EUR	299,3	322,4	344,3
Eigenmittelquote ²	%	35,7	35,4	34,2
Nettogesamtverschuldung ³	Mio. EUR	1.241,7	1.051,4	1.057,9
Dynamischer Verschuldungsgrad ⁴		4,1	3,3	3,1

¹ adjustiertes EBITDA gleich Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen unter Beachtung der Regelungen des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG)

² Eigenmittelquote gleich bilanzielles Eigenkapital plus Hälfte der Sonderposten dividiert durch die um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigte Bilanzsumme

³ Nettogesamtverschuldung gleich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten plus sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel

⁴ dynamischer Verschuldungsgrad gleich Nettogesamtverschuldung dividiert durch adjustiertes EBITDA

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Konzernjahresüberschuss von 61,3 Mio. EUR ab. Das Konzernergebnis liegt damit 25,1 Mio. EUR über dem in der Wirtschaftsplanung erwarteten Wert sowie 7,2 Mio. EUR über dem Vorjahresergebnis.

Für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich das adjustierte EBITDA des LVV-Konzerns auf 322,4 Mio. EUR. Im Vergleich zu dem in der Wirtschaftsplanung 2024 prognostizierten Wert übersteigt das EBITDA um 23,1 Mio. EUR die Erwartungen. Die Verbesserung des EBITDA gegenüber den getroffenen Planannahmen ergibt sich aus dem Energie- und Wasserbereich.

Die Eigenmittelquote des Konzerns verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte. Bei einer gestiegenen Bilanzsumme ist diese Entwicklung durch das positive Konzernjahresergebnis sowie die Verbesserung der Sonderposten für Zuschüsse und Fördermittel beeinflusst.

Die Nettogesamtverschuldung des Konzerns beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.051,4 Mio. EUR. Sie liegt damit nahezu auf Vorjahresniveau, aber unter dem in der Wirtschaftsplanung erwarteten Wert. Aufgrund des Rückgangs der liquiden Mittel und der Verminderung des EBITDA gegenüber dem Vorjahr steigt der dynamische Verschuldungsgrad auf einen Wert von 3,3 an. Dass die Nettobankverschuldung sowie der dynamische Verschuldungsgrad deutlich unterhalb der Annahmen im Wirtschaftsplan liegen, ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die geplanten Fremdkapitalaufnahmen im Geschäftsjahr 2024 nicht vollständig umgesetzt wurden.

Folgende Rahmenbedingungen spielen bei der Ergebnisentwicklung der einzelnen Geschäftsfelder des Konzerns im Geschäftsjahr 2024 eine wesentliche Rolle:

Das Ergebnis der **Stadtwerke** vor Ergebnisabführung von 102,8 Mio. EUR verringerte sich im Vorjahresvergleich um 1,7 Mio. EUR, lag jedoch um 9,2 Mio. EUR über dem in der Wirtschaftsplanung prognostizierten Wert. Sowohl die Umsatzerlöse als auch die Materialaufwendungen verringerten sich gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Da sich die Umsatzerlöse überproportional verringerten, führte diese Ent-

wicklung zu einem Rückgang der Rohmarge im Energiebereich. Dies ist Folge der allgemeinen Normalisierung im Marktgeschehen nach den letzten beiden turbulenten Jahren. Diese Effekte konnten durch verminderte Abschreibungen sowie höhere sonstige betriebliche Erträge nahezu vollständig kompensiert werden.

Im **Mobilitätsbereich** haben sich die Fahrgastzahlen deutlich von 153,3 Mio. im Vorjahr auf 166,9 Mio. Fahrgäste im Geschäftsjahr 2024 erhöht. Die Verkehrsbetriebe erreichten mit den um 10,0 Mio. über der Prognose liegenden Linienbeförderungsfällen die höchsten Fahrgastzahlen seit den 1990er Jahren. Die Steigerung um 9 % gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass die zahlreichen Angebotsverbesserungen von den Fahrgästen rege genutzt werden. Wesentlich beeinflusst wurde der Anstieg insbesondere von dem im Jahr 2024 erstmalig für ein ganzes Jahr wirkenden Angebot des Deutschlandtickets sowie von Großveranstaltungen wie etwa der Fußball-EM. Die Zahl der der Abo-Kunden erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 23,7 % auf 213.178.

Bei den Verkehrsbetrieben konnten gestiegene Aufwendungen für bezogene Leistungen und höheren Personalaufwendungen insbesondere aus tarifvertraglichen Entwicklungen durch höhere Umsatzerlöse aus Verkehrsleistungen und höhere Ausgleichszahlungen und Zuschüsse Dritter begegnet werden. Im Rahmen des bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA)/VLfV wurden im Geschäftsjahr 2024 Ausgleichszahlungen von insgesamt 90,6 Mio. EUR (Vj.: 71,7 Mio. EUR) an die Verkehrsbetriebe aus eigenen Mitteln des LVV-Konzerns gezahlt. Darüber hinaus haben weitere im Jahr 2024 zahlungswirksam vereinbarte Kompensationsmittel und Zuschüsse beispielsweise der Stadt Leipzig (35,5 Mio. EUR) sowie aus Regionalisierungsmitteln von Bund und Land (5,7 Mio. EUR) zur Abfederung von Mehrkosten und Mindereinnahmen sowie zur Verbesserung der Kapitalstruktur beigetragen.

Mit der Verschmelzung der Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH sowie der LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH auf andere Unternehmen innerhalb der LVB-Gruppe erfolgte eine Optimierung der Gesellschaftsstruktur.

Im Geschäftsfeld **Wasser** werden rund 733.600 Menschen im Versorgungsgebiet mit Trinkwasser versorgt sowie für rund 703.600 Einwohner im Entsorgungsgebiet die umweltgerechte Reinigung des anfallenden Abwassers sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2024 haben die Wasserwerke ein Jahresergebnis von 39,5 Mio. EUR (Vj.: 25,9 Mio. EUR) erwirtschaftet. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert trotz Anstiegs der Material-, Personal und sonstigen Aufwendungen insbesondere aus höheren Umsatzerlösen aus der Erbringung der Hauptleistung der Wasserwerke. Seit dem 1. Januar 2024 gelten die durch den Aufsichtsrat der Wasserwerke genehmigten Preise für Trink- und Abwasser, die die gestiegenen Aufwendungen berücksichtigen. Darüber hinaus trugen geringere Zuführungen zu den Ertragszuschüssen auf Wiederbeschaffungszeitwerte zur Ergebnisverbesserung bei.

2.3 Ertragslage

Die Veränderung der Erträge und Aufwendungen des Konzerns im Geschäftsjahr 2024 wird anhand der nachfolgend zusammengefassten Ertragslage dargestellt. Die Posten der zugrunde liegenden Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind hierbei um neutrale Effekte bereinigt.

Ertragslage		in Mio. EUR	
	2024	2023	Veränderung absolut
Umsatzerlöse	2.624,2	4.445,9	-1.821,7
Materialaufwendungen	-1.924,9	-3.748,0	1.823,1
Rohmarge	699,3	697,9	1,4
Übrige betriebliche Erträge	128,2	124,0	4,2
Personalaufwendungen	-347,5	-313,3	-34,2
Abschreibungen	-206,2	-210,5	4,3
Übrige betriebliche Aufwendungen	-199,6	-178,8	-20,8
Betriebsergebnis	74,2	119,3	-45,1
Beteiligungsergebnis	6,6	6,2	0,4
Zinsergebnis	-27,3	-29,1	1,8
Neutrales Ergebnis	26,7	-19,5	46,2
Ergebnis vor Ertragsteuern	80,2	76,9	3,3
Ertragsteuern	-18,9	-22,8	3,9
Konzernjahresergebnis	61,3	54,1	7,2

Die Ertragslage ist bei einer nahezu auf Vorjahresniveau liegenden Rohmarge durch einen Rückgang des Betriebsergebnisses aus der operativen Tätigkeit des Konzerns gekennzeichnet. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch einen Anstieg der Personalaufwendungen sowie der übrigen betrieblichen Aufwendungen verursacht. Bei einem deutlich verbesserten neutralen Ergebnis und geringeren Steueraufwendungen ergibt sich jedoch ein gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Mio. EUR verbessertes Konzernergebnis.

Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des Konzerns		in Mio. EUR	
	2024	2023	Veränderung absolut
Geschäftsfeld Energie	2.245,1	4.113,5	-1.868,4
davon: Systemmarkt	1.129,0	2.826,7	-1.697,7
davon: Endkundenmarkt	868,9	1.031,8	-162,9
Geschäftsfeld Mobilität	168,3	151,2	17,1
davon: Verkehrserlöse	142,7	132,6	10,1
Geschäftsfeld Wasser	210,8	181,2	29,6
davon: Trinkwasserversorgung	99,9	83,1	16,8
davon: Abwasserentsorgung	110,9	97,3	13,6
	2.624,2	4.445,9	-1.821,7

Die Umsatzerlöse des LVV-Konzerns sind auch im Geschäftsjahr 2024 wesentlich durch das Geschäftsfeld **Energie** geprägt, in dem 85,6 % (Vj.: 92,5 %) des Gesamtumsatzes des Konzerns erzielt werden.

Der Energiehandel (Systemmarkt) der Stadtwerke, der den Handel mit den Commodities Strom und Gas betrifft, beeinflusst maßgeblich die Höhe der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen des Konzerns. Die Erlöse im Systemmarkt haben sich überproportional im Vergleich zu den ebenfalls deutlichen gesunkenen Bezugsaufwendungen vermindert. Nach der Preiskrise auf den Energiemärkten hat das Handelsvolumen nunmehr sein gewöhnliches Niveau wieder erreicht.

Witterungsbedingte Effekte führen im Endkundenmarkt der Privat- und Gewerbekunden Gas zu verringerten Absatzmengen und Bezugsaufwendungen. Im Strom wirken ebenso geringere Bezugsaufwendungen. Die überproportional verringerten Umsatzerlöse im Strom begründen sich damit, dass höhere Netzentgelte und Umlagen teilweise nicht an die Kunden weitergegeben wurden. Auch im Endkundenmarkt der Großkunden nahmen die Umsatzerlöse stärker ab, als die Bezugsaufwendungen zurückgingen.

In der Fernwärme sind vorwiegend witterungsbedingt leicht rückläufige Absatzmengen zu verzeichnen. Dennoch nahmen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr zu. Dem entgegen wirkten höhere Materialaufwendungen. Die positive Entwicklung resultiert hier insbesondere aus der Vermarktung des Stroms aus den Fernwärmeerzeugungsanlagen der Stadtwerke.

Auch die Umsatzerlöse der polnischen Gesellschaften erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr und konnten somit einen stabilen Beitrag zur Ertragslage des Konzerns leisten.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Jahr 2024 Umsatzerlöse von 168,3 Mio. EUR (Vj. 151,2 Mio. EUR) erzielt. Trotz deutlichen Anstiegs der Anzahl an verkauften Tickets ist ein Rückgang der in den Verkehrserlösen enthaltenen Linieneinnahme um 5,3 Mio. EUR auf 103,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Ursächlich hierfür ist der erstmalige Einbezug der von den Verkehrsbetrieben erzielten Einnahmen aus dem Deutschlandticket in das Einnahmeverfahren des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV), das zu wesentlich höheren Einnahmeabführungen der LVB an den MDV führte. Der Verminderung der Linieneinnahme steht ein Anstieg der Ausgleichszahlungen um 14,7 Mio. EUR, vor allem aus Erstattungen für das Deutschlandticket, gegenüber.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse im Geschäftsfeld **Wasser** aus Hauptleistungen um 16,4 % auf 210,8 Mio. EUR (Vj.: 177,9 Mio. EUR) resultiert aus den zum 1. Januar 2024 wirksam gewordenen Preisanpassungen und leicht gestiegenen Absatzmengen, aber auch aus den Veränderungen der Rückstellungen aus Umsatzrisiken sowie den Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Ertragszuschüssen.

Von den Umsatzerlösen entfielen 99,9 Mio. EUR (47,4 %) auf die Wasserversorgung und 110,9 Mio. EUR (52,5 %) auf die Abwasserableitung und -aufbereitung.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden durch die Wasserwerke insgesamt 36,6 Mio. m³ (Vj.: 36,2 Mio. m³) Trinkwasser bereitgestellt. Der Trinkwasserabsatz liegt mit 32,8 Mio. m³ leicht über dem Vorjahresniveau. Der Trinkwassergebrauch stieg in allen Kundengruppen gegenüber dem Vorjahr an. Der Durchschnittsgebrauch lag bei 92,9 l/Person/d und damit 1,4 l/Person/d über dem des vergangenen Jahres.

Der Schmutzwasserabsatz folgt in Teilen der Entwicklung des Trinkwasserabsatzes, soweit Ver- und Entsorgungsgebiet übereinstimmen.

Die Materialaufwendungen des Konzerns sind neben den Aufwendungen für den Energiehandel auch durch bezogene Fremdleistungen zur Instandhaltung der Versorgungsanlagen und -netze geprägt. Während im Wasserbereich die Materialaufwendungen im Vergleich zu den Umsatzerlösen gegenüber dem Vorjahr geringer gestiegen sind und sich die Rohmarge demzufolge hier deutlich verbessert hat, verringerte sie sich im Energiebereich erheblich. Dies führte im Saldo zu einer Rohmarge, welche nahezu auf Vorjahresniveau liegt.

Die leichte Verbesserung der übrigen betrieblichen Erträge um 4,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der aktivierten Eigenleistungen auf konzerninterne Leistungserbringungen im Investitionsbereich zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen des Konzerns steigen im Vorjahresvergleich um 34,2 Mio. EUR. Neben einer höheren Mitarbeiterzahl resultiert diese Entwicklung insbesondere aus tarifvertraglich bedingten Lohn- und Gehaltsanpassungen.

Ein Rückgang der Abschreibungen ist hauptsächlich in den regulierten Märkten der Stadtwerke zu verzeichnen. Darüber hinaus ist die Entwicklung der Abschreibungen von der Investitionstätigkeit des Konzerns geprägt. Hierbei überstiegen die Neuinvestitionen in das Anlagevermögen der Konzernunternehmen die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2024 deutlich.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 20,8 Mio. EUR. Der Anstieg ist insbesondere durch gestiegene Aufwendungen für Konzessionsabgaben, für Fremd- und Dienstleistungen sowie für IT-Leistungen, unter anderem verursacht durch das Projekt S/4HANA, beeinflusst.

Das sich danach ergebende Betriebsergebnis aus der operativen Tätigkeit des Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr auf 74,2 Mio. EUR zurückgegangen.

Das Beteiligungsergebnis des LVV-Konzerns konnte im Geschäftsjahr 2024 auf 6,6 Mio. EUR verbessert werden. Diese Entwicklung ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Dividendenzahlungen der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG).

Das Zinsergebnis spiegelt den hohen Finanzbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wider. Im Vergleich zum Vorjahr wurde jedoch ein um 1,8 Mio. EUR besseres Zinsergebnis erzielt. Trotz hoher Verschuldung ist diese Entwicklung im Wesentlichen auf eine Verbesserung der Zinserträge zurückzuführen.

Auch im Geschäftsjahr 2024 ist das Konzernergebnis neben Einflussfaktoren im operativen Bereich maßgeblich durch Sondereffekte geprägt. Ertragsseitig wird das neutrale Ergebnis vorwiegend durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (49,1 Mio. EUR), periodenfremde Umsatzerlöse (28,3 Mio. EUR), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und dem Eingang ausgebuchter Forderungen (8,0 Mio. EUR) sowie Schadenersatzleistungen (5,0 Mio. EUR) beeinflusst. Aufwandsseitig spiegeln sich vor allem Aufwendungen für periodenfremden Energiebezug (37,1 Mio. EUR), Aufwendungen aus Wertberichtigungen (14,0 Mio. EUR) sowie Zuführungen zu Rückstellungen für drohende Verluste (4,9 Mio. EUR) wider.

Unter Berücksichtigung vorgenannter Ergebnisentwicklungen sowie des Steueraufwandes, der die geleisteten Steuervorauszahlungen und Zuführungen zu den Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2024 zuzüglich Steuernachzahlungen im Rahmen von Betriebsprüfungen für Vorjahre enthält, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Konzernjahresüberschuss von 61,3 Mio. EUR nach 54,1 Mio. EUR im Vorjahr.

Nach Verrechnung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie der Einstellung des Vorjahresergebnisses in Gewinnrücklagen ergibt sich ein verbleibender Konzernbilanzverlust von 71,6 Mio. EUR.

2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegung Standard (DRS) 21 dargestellt.

Eine weitere Aufgliederung der Zahlungsströme ist aus der als Anlage beigefügten Konzernkapitalflussrechnung ersichtlich.

Finanzlage

in Mio. EUR

	2024	2023	Veränderung absolut
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	284,2	282,8	1,4
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-236,6	-303,6	67,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-94,8	101,7	-196,5
Veränderungen des Finanzmittelbestands	-47,2	80,9	-128,1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	263,7	182,3	81,4
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,1	0,5	-0,4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	216,6	263,7	-47,1

Finanzmittelbestand

in Mio. EUR

	2024	2023	Veränderung absolut
Liquide Mittel	224,6	268,2	-43,6
Inanspruchnahme kurzfristiger Kreditlinien	0,0	0,0	0,0
Forderungen / Verbindlichkeiten aus Cash-Pool	-8,0	-4,5	-3,5
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	216,6	263,7	-47,1

Der erwirtschaftete Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt im Geschäftsjahr 2024 nahezu auf Vorjahresniveau. Höheren Mittelzuflüssen aus den operativen Unternehmensergebnissen der Wasserwerke und der polnischen Gesellschaften stehen Rückzahlungen von nicht verwendeten Mitteln des „ÖPNV-Rettungsschirms“ für 2022, offene Forderungen auf Ausgleichszahlungen für das Deutschlandticket und höhere Steuerzahlungen gegenüber.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit zeigt für das Geschäftsjahr 2024 einen Finanzmittelabfluss von insgesamt 236,6 Mio. EUR. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 67,0 Mio. EUR ist insbesondere auf geringere Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen zurückzuführen. Dem stehen höhere Einzahlungen von Investitionszuschüssen gegenüber.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Geschäftsjahr 2024 durch einen Netto-Mittelabfluss gekennzeichnet. Darlehensneuaufnahmen von lediglich 57,9 Mio. EUR stehen Tilgungen von 107,5 Mio. EUR, Zinszahlungen von 38,7 Mio. EUR sowie Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter von 6,6 Mio. EUR gegenüber. Die Darlehensneuaufnahmen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Nutzung vorhandener liquider Mittel, erhaltener Fördermittel sowie der geringeren Auszahlungen für Investitionen.

Die Mittelabflüsse des Konzerns aus der Investitionstätigkeit, aus der Tilgung von Darlehen, aus Zinszahlungen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an außerhalb des Konzernkreises stehende Gesellschafter konnten nur anteilig aus dem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Aufnahme von Darlehen sowie aus der Einzahlung von Zuschüssen gedeckt werden.

Die darüber hinaus erforderlichen Mittel wurden durch den Abbau des aus dem Vorjahr übernommenen Finanzmittelfonds sichergestellt. Demnach verringerte sich der Finanzmittelfonds stichtagsbedingt um 47,1 Mio. EUR.

Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt. Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, ist mit den Kreditgebern für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Mindestquote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Kennzahlen werden im Geschäftsjahr 2024 eingehalten.

2.5 Vermögenslage

Vermögenslage	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	absolut
Aktiva					
Langfristige Vermögenswerte					
Anlagevermögen	3.064,6	79,3	2.947,1	77,5	117,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,0	0,2	0,0	-0,1
	3.064,7	79,3	2.947,3	77,5	117,4
Kurzfristige Vermögenswerte					
Vorräte	96,1	2,5	61,2	1,6	34,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	469,6	12,2	519,1	13,6	-49,5
Liquide Mittel	224,6	5,8	268,2	7,0	-43,6
	790,3	20,5	848,5	22,3	-58,2
sonstige Aktiva	9,0	0,2	9,3	0,2	-0,3
	3.864,0	100,0	3.805,1	100,0	58,9
Passiva					
Eigenkapital	948,7	24,6	892,7	23,5	56,0
Sonderposten	840,7	21,8	817,3	21,5	23,4
Mittel- bis langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	113,3	2,9	111,9	2,9	1,4
Verbindlichkeiten	1.245,7	32,2	1.297,0	34,1	-51,3
	1.359,0	35,2	1.408,9	37,0	-49,9
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten					
Rückstellungen	237,8	6,2	221,3	5,8	16,5
Verbindlichkeiten	469,2	12,2	451,5	12,0	17,7
	707,0	18,4	672,8	17,8	34,2
sonstige Passiva	8,6	0,2	13,4	0,4	-4,8
	3.864,0	100,0	3.805,1	100,0	58,9

Die Vermögens- und Kapitalstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch einen Anstieg der Bilanzsumme um 58,9 Mio. EUR gekennzeichnet. Auf der Aktivseite spiegelt sich diese Entwicklung hauptsächlich in einem Anstieg des Anlagevermögens und der Vorräte wider. Dem steht eine Verminderung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie der Abbau der liquiden Mittel gegenüber.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 79,3 % (Vj.: 77,5 %) der Bilanzsumme von 3.864,0 Mio. EUR auf das Anlagevermögen, welches vollständig mittel- und langfristig – insbesondere durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen – finanziert ist.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen auch im Geschäftsjahr 2024 im weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen.

Der Rückgang der kurzfristigen Forderungen ist neben den gesunkenen Forderungen aus Energiehandel insbesondere auf geringere Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung und -abgrenzung an Endkunden zurückzuführen. Weiterhin wurde dem Risiko von Forderungsausfällen durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände vermindert, was hauptsächlich auf die marktpreisbedingt gesunkenen Ansprüche aus Variation- und Initial-Marginzahlungen zurückzuführen ist.

Die liquiden Mittel des Konzerns verringerten sich im Stichtagsvergleich um 43,6 Mio. EUR insbesondere aufgrund der Nutzung der verfügbaren Liquidität für Investitionen des Konzerns sowie der Rückführung von Kreditlinien und Darlehen.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur im Wesentlichen durch einen Anstieg des Eigenkapitals, der Sonderposten und der kurzfristigen Rückstellungen geprägt. Gegenläufig wirkt die Verminderung hauptsächlich der langfristigen Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 56,0 Mio. EUR. Zur Verbesserung trägt insbesondere das positive Konzernjahresergebnis bei. Der Anteil des Eigenkapitals an der gestiegenen Bilanzsumme hat sich leicht auf 24,6 % erhöht.

Die in den Sonderposten erfassten Investitionszuschüsse und Fördermittel stellen einen wesentlichen Baustein der Finanzierungsfähigkeit der Investitionen des Konzerns dar. Der Anteil der verwendeten Fördermittel liegt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Der Anstieg der Sonderposten im Vorjahresvergleich ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Zugänge des Geschäftsjahres die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen übersteigen.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich insbesondere aufgrund der weiteren Dotierung von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie der Berücksichtigung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und ausstehende Rechnungen.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 33,6 Mio. EUR. Neben einem stichtagsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist diese Entwicklung durch eine Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 50,1 Mio. EUR beeinflusst. Darlehensneuaufnahmen von 57,9 Mio. EUR stehen Tilgungen von 107,5 Mio. EUR gegenüber. Die Nettogesamtverschuldung bewegte sich mit 1.051,4 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau (Vj.: 1.057,9 Mio. EUR).

Demgegenüber erhöhten sich die Verpflichtungen aus empfangenen Ertragszuschüssen für Wiederbeschaffungszeitwerte.

2.6 Investitionen

Der LVV-Konzern hat im Geschäftsjahr 2024 insgesamt 330,9 Mio. EUR (Vj.: 367,7 Mio. EUR) in das Anlagevermögen investiert. Das in der Wirtschaftsplanung für 2024 vorgesehene Investitionsvolumen (460,5 Mio. EUR) konnte jedoch nicht vollständig umgesetzt werden, was insbesondere auf Verzögerungen in der Investitionsdurchführung oder -abrechnung und Verschiebungen von Investitionsmaßnahmen ins Folgejahr zurückzuführen ist.

Von den Investitionen des Jahres 2024 entfallen 123,0 Mio. EUR (Vj.: 222,6 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld **Energie**. Diese umfassen hauptsächlich Investitionen in das Heizkraftwerk (HKW) Leipzig Süd, die Solarthermie-Anlage Leipzig West, in Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie in dezentrale Erzeugungsanlagen.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wurden im Geschäftsjahr 2024 Investitionen in einem Wertumfang von 96,0 Mio. EUR (Vj.: 78,7 Mio. EUR) durchgeführt. Dabei standen der Ausbau der Gleisanlagen und Streckenausrüstungen – unter anderen in der Jahnallee/Zeppelinbrücke, Dieskaustraße, Landsberger Straße, Menke- und Gorkistraße –, die Erneuerung der Busflotte sowie geleistete Anzahlungen bei der Beschaffung von Straßenbahnen im Vordergrund der Investitionstätigkeit. Die Fördermittelquote lag mit 41 % projekt- und stichtagsbedingt unter dem Niveau des Vorjahres (2023: 55 %).

Das Investitionsvolumen einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen im Geschäftsfeld **Wasser** belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf insgesamt 111,9 Mio. EUR (Vj.: 66,4 Mio. EUR); es liegt somit 67,4 % über dem Investitionsvolumen des Vorjahres. Davon entfallen 35,6 Mio. EUR

(Vj.: 25,0 Mio. EUR) auf die Sparte Trinkwasser, 69,9 Mio. EUR (Vj.: 38,5 Mio. EUR) auf die Sparte Abwasser sowie 5,5 Mio. EUR (Vj.: 2,9 Mio. EUR) auf sonstige Investitionen. In die Trink- und Abwassernetze einschließlich Erschließungen wurden 79,1 Mio. EUR (Vj.: 47,7 Mio. EUR) sowie 21,8 Mio. EUR (Vj.: 12,2 Mio. EUR) in Wasserwerke und 5,7 Mio. EUR (Vj.: 6,5 Mio. EUR) in den übrigen Bereich investiert.

2.7 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im LVV-Konzern waren im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich 5.392 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 5.146 Mitarbeiter) beschäftigt. Der Zuwachs an Mitarbeitenden erstreckt sich dabei über alle Geschäftsbereiche der Leipziger Gruppe.

Die Leipziger Gruppe wird als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen, die Instrumente der betrieblichen Mitbestimmung werden gepflegt. Kollegialität, Professionalisierung und ein Streben nach Weiterbildung, Aufrechterhaltung und Erlangung von Zukunftsfähigkeiten zeichnet die Mitarbeitenden aus.

Die Arbeitswelt verändert sich gemäß den gesellschaftspolitischen Veränderungen. Diese Veränderungen adaptiert die Gruppe und reagiert mit einer zielgerichteten Personalpolitik. Lebensphasenrelevante Gestaltungsformen von Arbeitszeit/-ort und -umfang werden hochflexibel angeboten. Die Unterstützung zur Erringung von Zukunftskompetenzen auf den Feldern der Digitalisierung, der künstlichen Intelligenz und allen sonstigen steigenden Anforderungen an Qualifikationen und Flexibilität werden auf breiter Basis gefördert. Die Leipziger Gruppe sieht sich deshalb in der Verantwortung, durch eine mitarbeiterorientierte und wertschätzende Unternehmenskultur bestehende Mitarbeitende zu begeistern und zu binden als auch neue Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen. Basis für die Rekrutierung von Fachkräften – vor allem in hochspezialisierten Berufsgruppen – ist die Wahrnehmung der Leipziger Gruppe als attraktiver, da moderner, digitaler, hochprofessioneller und sicherer Arbeitgeber.

Dabei wird auf eine fokussierte und zukunftsfähige Personalarbeit gesetzt. Prozesse und Instrumente der strategischen Personalplanung werden stetig und bedarfsorientiert weiterentwickelt. So gelingt die aktive Gestaltung des stattfindenden Wandels der Arbeitswelt und des Generationenwechsels. Dem sich abzeichnenden Personalumbruch durch anstehende Renteneintritte wird proaktiv mittels eines langfristigen Personal- und Nachfolgekonzeptes im Rahmen einer integrierten Personalplanung begegnet.

Die Leipziger Gruppe arbeitet daran, sich für die Zukunft auszurichten. Mit dem bestehenden Zukunftstarifvertrag wird das Ziel verfolgt, allen Mitarbeitenden der Leipziger Gruppe Raum für berufliche Weiterbildung zu geben, um auch individuell notwendige Kompetenzerweiterungen zu erhalten. Vorhandenes Wissen und Arbeitserfahrung sollen durch einen systematischen und gesteuerten Transfer zur Absicherung der Geschäftstätigkeit erhalten und verfügbar gemacht werden. Ziel ist es außerdem, dass die Leipziger Gruppe eine Atmosphäre des lebenslangen und generationsübergreifenden Lernens schafft und damit die Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördert. Beispiel dafür ist die 2024 vollzogene Einführung einer gruppenweiten Bildungsplattform.

Die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Sozialpartnern im Unternehmen genießt einen hohen Stellenwert und ist ein Erfolgsfaktor für die Gruppe.

Um gesteckte Ziele erreichen zu können, bedarf es gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeitender. Daher investiert die Leipziger Gruppe in die Ausbildung und hat im Jahr 2024 im Rahmen der „Nacht der Ausbildung“ erfolgreich ihre Ausbildungsberufe präsentieren können. Weiterhin wird die Mitarbeiter- und Führungskräfteentwicklung innerhalb der Leipziger Gruppe weiter vorangetrieben. Beispielhaft für die Entwicklung von Führungskräften zu nennen ist das im Jahr 2023 gestartete, konzernweite Potenzialträger-Entwicklungsprogramm „PEP-22“, welches 2024 erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die Leipziger Gruppe hat sich des Weiteren zum Ziel gesetzt, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während des Arbeitslebens bestmöglich zu erhalten. Hierzu werden präventive und kurative Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements angeboten und umgesetzt.

Chancengleichheit, Teilhabe und Inklusion sind für die Leipziger Gruppe ebenso selbstverständlich wie gewinnbringend und bleiben auch weiterhin ein Erfolgsfaktor. Für Schwerbehinderte und sogenannte Leistungsgeminderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet die Leipziger Gruppe interessante Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Leipziger Gruppe bildet aktiv auch über den aktuellen Bedarf aus und nimmt neue Berufsfelder in ihr Ausbildungsprogramm auf. Zeitgleich forciert sie die Möglichkeiten zum Dualen Studieren.

Die Leipziger Gruppe ist eine gesellschaftspolitisch relevante Stimme, die wertorientiert geführt wird und Ausgrenzung und Gewalt keinen Raum gibt.

3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Das von der LVV konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil der Geschäftssteuerung. Wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochterunternehmen werden regelmäßig erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis der LVV und des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und, soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Prozess in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochterunternehmen bei der jeweiligen Geschäftsführung der Unternehmen. Zum rechtzeitigen Erkennen und Einschätzen von Risiken und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentliche Risiken der Tochterunternehmen in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Das Risikoportfolio wird regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs.2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Die Unternehmensgruppe ist unmittelbar vielfältigen Risiken ausgesetzt, die sich aus der Änderung rechtlicher, wirtschaftlicher sowie politischer Rahmenvorgaben ergeben. Neben Finanzrisiken und steuerlichen Risiken beeinflussen mittelbar die – zum großen Teil operativen – Risiken der Tochterunternehmen auch das Ergebnis des Konzerns.

3.1.2 Finanzierungsrisiken

Der LVV-Konzern unterliegt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Finanzierungsrisiken, die durch den Einsatz geeigneter Management- und Kontrollsysteme begrenzt werden.

Liquiditätsrisiken: Die LVV als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche am Pooling-Verfahren teilnehmen. Aus der Liquiditätsplanung werden bei Notwendigkeit Finanzierungsmaßnahmen abgeleitet, um Liquiditätsrisiken entgegenzuwirken. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der nicht über die freien Kreditlinien ausgeglichen werden soll, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt gedeckt. Die LVV verfügte zum 31. Dezember 2024 über ungenutzte Kreditlinien von 97,5 Mio. EUR für den Cash Pool sowie weitere ungenutzte Back-up-Kreditlinien von 80,0 Mio. EUR. Der Konzern verfügt zum Stichtag über liquide Mittel von 224,6 Mio. EUR.

Langfristige Finanzierungsfähigkeit: Der LVV steht zur Finanzierung ein breites Produktspektrum zur Deckung des Finanzierungsbedarfs an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fälligkeitsstruktur geachtet.

Marktrisiko der Finanzierung: Die LVV nutzt zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs die Kapitalmärkte. Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere infolge von Krisen und geopolitischen Ereignissen können sich bei Neukreditaufnahmen auch für die LVV Risiken in Bezug auf platzierbare Volumina, Konditionen und Laufzeiten ergeben.

Für 2025 erwarten wir mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Märkte – insbesondere vor dem Hintergrund der multiplen internationalen Krisen sowie der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation – auch bei den Finanzierungspartnern des LVV-Konzerns dämpfende Effekte. Dies kann sich zum Beispiel in steigenden Risikokosten bei der Bepreisung, einer Reduktion der platzierbaren Volumina bei einzelnen Finanzierungspartnern und der rückläufigen Bereitschaft, lange und sehr lange Laufzeiten zu kontrahieren, zeigen. Diesen Entwicklungen wird, soweit möglich, mit dem permanenten Bestreben, den Kreis der Finanzierungspartner auszuweiten, entgegengewirkt.

Bonitätsrisiko LVV-Konzern: Daneben beeinflusst insbesondere die Bonität des LVV-Konzerns die Fähigkeit, auch in Zukunft geplante Kredite mit einer in der Planung unterstellten Kreditmarge für eine Bonität im Investment Grade aufzunehmen. Hierzu führt die Konzernfinanzierung regelmäßig Gespräche mit ihren Kreditgebern, aber auch mit externen Partnern, um deren Ratingeinschätzung zu kennen beziehungsweise zu verstehen und so zeitnah Signale über eine mögliche Verschlechterung zu erhalten und entsprechend reagieren zu können. Ein sehr wichtiges quantitatives Indiz für die Konzernbonität bilden die Finanzkennzahlen. Die LVV hat mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, welche vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Zur Sicherstellung der zukünftigen Kreditwürdigkeit stellt die Einhaltung der Financial Covenants eine wichtige Zielgröße für die Wirtschaftsplanung und Steuerung des LVV-Konzerns dar. Die mögliche Fremdmittelaufnahme richtet sich an dieser Zielgröße aus.

Zins-, Währungs- und Preisrisiken: Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen können Zins- und Devisenderivate abgeschlossen werden. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch „Konzernfinanzierung“ und entsprechende Regularien bezüglich der Gremieneinbindung der LVV geregelt.

Das Kapitalmarktumfeld war im Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zu den Vorjahren durch höhere Finanzierungskosten geprägt. Insbesondere die im Verhältnis zu den extrem niedrigen Sätzen der letzten Jahre gestiegenen Basissätze machten sich in den Zinsen für Geldaufnahmen bemerkbar. Hier wirkt unter anderem die generelle Erhöhung der Risikovorsorge bei Finanzierungspartnern aufgrund von erwarteten Ausfällen im Zusammenhang mit Rezessionsentwicklungen.

Das Finanzierungsportfolio der LVV ist überwiegend durch Fremdmittel geprägt, die auf festverzinslicher Basis vereinbart wurden und somit keinem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Auf Ebene des LVV-Konzerns bestehen in vertretbarem Umfang außerbilanzielle Verpflichtungen sowie in den ausländischen Tochterunternehmen variabel verzinsliche Bankverbindlichkeiten, die nicht gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert sind. Dem Zinsänderungsrisiko wird durch kontinuierliche Beobachtung der Zinsentwicklung und aktives Cash Management begegnet.

Das Finanzierungsportfolio der GPEC ist durch Bankendarlehen beziehungsweise durch Schuldverschreibungen geprägt, die auf variabel verzinslicher Basis vereinbart worden sind (3 M WIBOR) und somit einem Zinsänderungsrisiko unterliegen. Ab dem Jahr 2024 wird das Finanzierungsportfolio der GPEC durch ein festverzinsliches Intercompany-Darlehen der LVV ergänzt, auch um das Zinsänderungsrisiko zu senken. Dem darüber hinaus bestehenden Zinsänderungsrisiko begegnet die GPEC mit kontinuierlicher Beobachtung der Zinsentwicklung und aktivem Cash-Management.

Wechselkursrisiken, die die jährliche Dividendenzahlung der GPEC implizieren, wird mit kontinuierlicher Beobachtung der Kursentwicklung zwischen Euro und Łoty begegnet. Sind Wert und Zeitpunkt der Ausschüttung bekannt, findet gegebenenfalls eine Absicherung des Devisenterminkurses statt.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Futures.

Ausfallrisiken Vertragspartner: Ausfallrisiken bestehen gegenüber den Kontrahenten, insbesondere bei Einlagen und gegebenenfalls bei Derivaten. Gegen diese Risiken sichert sich der LVV-Konzern durch Diversifizierung sowie aktive Bonitätsüberwachung der Kontrahenten im Rahmen des laufenden Risikomanagements ab.

3.1.3 Steuerliche Risiken

Im Konzernabschluss der LVV zum 31. Dezember 2024 wurde die voraussichtliche Steuerbelastung unter Anrechnung bereits geleisteter Vorauszahlungen für das Geschäftsjahr 2024 berücksichtigt. Alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses bekannten Feststellungen und die sich hieraus ergebenden Risiken wurden im Rahmen der Hochrechnung zum 31. Dezember 2024 berücksichtigt. Weitere steuerliche Risiken im Zusammenhang mit möglichen Effekten auf die laufende oder latente Steuerbelastung können sich aus derzeit laufenden oder zukünftigen Betriebsprüfungen, Gesetzesänderungen und der Rechtsprechung der Finanzgerichte ergeben.

Für die abgeschlossene steuerliche Außenprüfung für den Zeitraum 2014 bis 2016 liegen endgültige Bescheide des Finanzamtes Leipzig II aus dem Jahr 2024 vor. Für einen noch strittigen Sachverhalt ist ein Rechtsbehelf beim Finanzamt weiterhin anhängig; dem Antrag auf Ruhen des Verfahrens wurde zugestimmt.

Die Betriebsprüfungen für die Jahre 2017 bis 2019 bei der LVV und deren inländischen Tochterunternehmen sind zum Abschlussstichtag beendet, sodass die entsprechenden Besteuerungsgrundlagen der Jahre bis 2019 gemäß vorläufigem Betriebsprüfungsbericht berücksichtigt wurden.

Für die ausländischen Tochtergesellschaften liegen im Berichtszeitraum keine wesentlichen Steuerrisiken vor, welche eine zusätzliche Rückstellung über die bereits abgebildeten Steuerrückstellungen hinaus erforderlich machen würden.

Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Konzernabschluss abgebildet. Um weitere Risiken im steuerlichen Bereich zu reduzieren, wird die Entwicklung der Steuergesetzgebung und -rechtsprechung fortlaufend und umfassend beobachtet.

Der steuerliche Querverbund ist auch nach der Einstellung des Verfahrens über den Beihilfecharakter des steuerlichen Querverbundes beim EuGH und dem Bundesfinanzhof (BFH) immer wieder Gegenstand der Rechtsprechung, wodurch diese steuerliche Begünstigung weiterhin risikobehaftet bleibt. So hatte sich der BFH mit Urteil vom 15. Juli 2020 (Az. I R 55/17, am 4. März 2021 veröffentlicht) geäußert und seine kritische Haltung erneuert. Das zuletzt ergangene Urteil des BFH zum steuerlichen Querverbund vom 29. August 2024, V R 43/21 ist mangels des Bäder-Querverbunds für die LVV nicht relevant.

3.1.4 Operative Risiken

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung des LVV-Konzerns könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie-, Wasser-/Abwasser- und Verkehrsbereich ergeben. Weiterhin wird der LVV-Konzern durch die sich auf Ebene der Tochterunternehmen ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst, welche einer kontinuierlichen Überwachung bedürfen.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit und der häufigen Richtungswechsel im rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes durch den LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

Vor dem Hintergrund der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des fortlaufenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind weiterhin in allen Geschäftsbereichen des LVV-Konzerns Auswirkungen auf Preise und Verfügbarkeit von Energie, Rohstoffen und Dienstleistungen, Lieferketten, Forderungsausfälle aus Energie- und Wasserlieferungen, inflationsbedingte Tarifsteigerungen bei Löhnen und Gehältern sowie der Verzug von Baumaßnahmen und größeren Projekten möglich.

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden im Geschäftsfeld **Energie** insbesondere Risiken aus dem regulatorischen, branchenspezifischen und finanzwirtschaftlichen Umfeld erwartet.

Regulatorische Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, den einschlägigen Verordnungen, insbesondere der Anreizregulierungsverordnung und den Netzentgeltverordnungen, den Festlegungen und Bescheiden der Regulierungsbehörden sowie den daraus resultierenden Absenkungspfaden der Erlösobergrenzen für Netzentgelte gesehen. Überdies können sich weitere Risiken aus neuen, zum Zeitpunkt der Basisjahre für die Entgeltgenehmigungen nicht bekannten Aufgaben und damit verbundenen Kosten ergeben.

Im Systemmarkt führt die Volatilität der Marktpreise für Strom, Gas und Emissionsrechte zu allgemeinen Risiken aus Handelsgeschäften. Sich ändernde Marktpreise führen bei Preissteigerungen zu einem signifikanten Anstieg der Volatilität aus den an der Börse zu hinterlegenden Sicherheitsleistungen für abgeschlossene Kauf- und Verkaufsgeschäfte und einem daraus resultierenden kurzfristigen Liquiditätsfluss. Hier wirkt der stetig wachsende Einfluss der erneuerbaren Energien in der Preisbildung. Ferner sind die systemisch bedingt hohen Anforderungen an das Bilanzkreismanagement und die Stellung von Sicherheiten an den verschiedenen Handelsplätzen zu berücksichtigen.

Beim Betreiben von Energieerzeugungsanlagen liegen die Risiken in Betriebsstörungen, Produktionsausfällen und Versorgungsunterbrechungen. Mit Hilfe regelmäßiger Wartung und Instandhaltung sowie Versicherungen für wesentliche Folgen potenzieller Schadenseintritte werden diese Risiken begrenzt. Für neu zu errichtende Erzeugungsanlagen bestehen Risiken in der Bauverzögerung und in erfolgreichen Klagen gegen Baugenehmigungen sowie in der allgemeinen Marktpreissteigerung der Baukosten.

Im Endkundenmarkt kann die noch immer stark reduzierte Bau- und Vertriebstätigkeit in der Immobilienbranche zu negativen Auswirkungen auf die Akquisitionsleistung der Stadtwerke in diesem Segment haben, zum anderen bleibt die Insolvenzgefahr bei Bauträgern und Projektentwicklern hoch. Im Handel, im produzierenden Gewerbe und in der Gastronomie lassen sich gestiegene Erzeugerpreise weiterhin nur schwer durchsetzen. Es besteht die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen. In der Geschäftsanbahnungsphase wird daher stringent die Bonität potenzieller Kunden geprüft. Zur Begrenzung des Adressausfallrisikos wird insbesondere bei Großkunden prinzipiell vor Aufnahme von Vertragsverhandlungen und vor Abgabe eines verbindlichen Angebotes eine Bonitätsanalyse durchgeführt. Entsprechende Lieferverträge und Zahlungsbedingungen wirken dem Kreditausfallrisiko entgegen. Darüber hinaus ist ein konsequentes Forderungsmanagement implementiert, sodass dem Risiko von Forderungsausfällen und Insolvenzen zeitnah begegnet und gegebenenfalls Vorsorge getroffen werden kann.

Eine zunehmende Regulierungsdichte im kundenseitigen Energiemanagement durch Offenlegungspflichten, wie die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), bringt die Kunden dazu, sich intensiv mit den bei ihnen im Einsatz befindlichen Energieträgerstoffen und den Effizienzen ihrer Energiesysteme zu beschäftigen. Ganze Geschäftsmodelle stehen auf dem Prüfstand und vor grundlegenden Änderungen, besonders im energetischen Bereich. Dadurch ergeben sich Risiken für alle bestehenden Lieferbeziehungen, wenn diese die Reportingvorgaben des Kunden nicht unterstützen oder die entsprechenden Daten (Parameter der gelieferten Energie) ungünstig sind.

Der steigenden Komplexität am Markt und dem Wunsch der Kunden nach Unterstützung bei der Entwicklung in Richtung CO₂-Neutralität begegnen die Stadtwerke unter anderem durch eine verstärkt beratungsorientierte Vertriebspolitik sowie mit kundenorientierten Produkten und Dienstleistungen.

Darüber hinaus bestehen Marktverdrängungsrisiken durch Aktionen des Wettbewerbs. Dem wirkt die stetige Entwicklung der Kundenschnittstellen (Kundenportal) entgegen.

Im Bereich Netze können im Zusammenhang mit Versorgungsunterbrechungen und Funktionsfehlern der technischen Anlagen Risiken auftreten. Durch regelmäßige Instandhaltungen und Investitionen in die Netze und Anlagen wird diesen Risiken entgegengewirkt.

Für die Biomasse-, Windkraft- und Photovoltaikanlagen bestehen Risiken aus steigenden Brennstoffpreisen beziehungsweise aus zu schwachem Windaufkommen oder geringerer Sonneneinstrahlung und Unterbrechungen aufgrund von Betriebsstörungen. Daneben bestehen für Neuanlagen Vermarktungsrisiken aufgrund gesetzlicher Neuregelungen von Förderungsmöglichkeiten oder sinkender Marktpreise. Durch den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien nimmt der Preisdruck auf diese Anlagen zu, was zu wirtschaftlichen Risiken führt. Dem wird durch eine aktive Bewirtschaftung des EE-Segments entgegengewirkt.

Im Rahmen der Projektentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien kann es Risiken bezüglich der Umsetzbarkeit geben. Diese können aus Verzögerungen bezüglich des Abschlusses von Nutzungsverträgen für die Standorte der technischen Anlagen, Kabeltrassen und Zuwegungen sowie aus später vorliegenden Baugenehmigungen oder der Partnersuche für diese Projekte resultieren. Weitere mögliche Risiken können die Wirtschaftlichkeit betreffen. Diese werden beeinflusst vom Erfolg der Erzielung eines angemessenen

Zuschlages nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beziehungsweise einer sonstigen Stromvermarktung in den entsprechenden Ausschreibungen und den allgemeinen Kostensteigerungen der Baubranche und im Anlagenbau.

Die polnische Regulierungsbehörde (URE) sorgt einerseits durch ihre Regulierungsvorgaben für Rahmenbedingungen zur gesicherten Wärmeversorgung polnischer Kunden, andererseits resultieren aus den Tarifvorgaben Einschränkungen für die Preisgestaltung der polnischen Energieunternehmen. Die GPEC beobachtet intensiv diese Entwicklungen. Weiteren möglichen Risiken auf der Versorgungsseite wird durch eine enge Zusammenarbeit und den laufenden Austausch mit dem Wärmelieferanten begegnet.

Nennenswerte Risiken, die die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit im Geschäftsfeld **Mobilität** beeinträchtigen können, resultieren insbesondere aus den derzeit geführten Tarifverhandlungen und in deren Folge aus dem ungeplanten Anstieg der Personalkosten.

Darüber hinaus werden Risiken aus der nicht ausreichenden ÖPNV-Finanzierung sowie aus der möglichen Unterschreitung von Ausgleichszahlungen von Bund/Land/Kommune gesehen. Weiterhin können sich Risiken unter anderem aus der Infragestellung des öDA, aus der Nichteinhaltung von Meilensteinen und Budgetvorgaben bei der Beschaffung von Straßenbahnfahrzeugen, aus geringeren Fördermittelzuwendungen sowie ungeplanten oder überdurchschnittlichen Preissteigerungen beim Bezug von Materialien und Leistungen ergeben.

Im Geschäftsfeld **Wasser** ergeben sich Risiken aus der operativen Tätigkeit, welche insbesondere den technischen Bereich betreffen. So arbeiten die Wasserwerke an einigen essenziellen, übergeordneten, infrastrukturellen Maßnahmen, die für das „Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung der Stadt Leipzig“ von großer Bedeutung sind. Dazu gehören der Neubau eines Wasserwerkes in Naunhof, das Projekt Westring-schluss sowie das Projekt Südzubringer. In allen drei Projekten wird intensiv an der Genehmigungsfähigkeit gearbeitet. Die bisher eingetretenen Verzögerungen werden als moderat eingeschätzt und gefährden nicht das aktuelle Zeit- und Budgetziel, werden jedoch als potenzielles finanzielles Risiko geführt.

Für den Ausbau des Klärwerks Rosental mussten aufgrund von Kapazitätsengpässen, hohem zeitlichen Aufwand bei der Erstellung der Fachgutachten zur Bewertung der Umweltverträglichkeit und langen behördlichen Prüfungszeiten Änderungen am Grobzeitplan vorgenommen werden. Der Beginn der wichtigen Bau-maßnahme zur weiteren Erfüllung der Anforderungen an eine umweltgerechte Abwasserbehandlung verzögerte sich. Im Jahr 2024 konnte jedoch mit dem Ausbau plangemäß begonnen werden. Alle notwendigen Vergaben und vorbereitenden Maßnahmen konnten umgesetzt werden. Das im Rahmen der Ausschreibungen und Vergaben vorgesehene Zeit- und Budgetziel nicht zu erreichen, wird als moderates Risiko eingeschätzt.

Neben den Risiken aus Tochterunternehmen ist die LVV auch **Beteiligungsrisiken**, im Wesentlichen betreffend die Beteiligung an der VNG ausgesetzt. Die VNG hat sich mit ihren Geschäftsfeldern rund um das Produkt Erdgas breit aufgestellt und erschließt darüber hinaus im Rahmen ihrer Strategie – unter anderem durch Akquisitionen – neue Potenziale auch über das Geschäftsfeld Erdgas hinaus. Diese Positionierung dient der Risikodiversifikation. Mit der Investitionsentscheidung für das Wasserstoff-Kernnetz in Mitteldeutschland wurde ein zentraler Meilenstein erreicht. Mit dem Aufbau eines Wasserstoff-Startnetzes für Ostdeutschland mit rund 600 Kilometern Leitungen als Teil des deutschlandweiten Wasserstoff-Kernnetzes soll bis Mitte der 2030er-Jahre der Grundstein für den Wasserstofftransport in Ost- und Mitteldeutschland gelegt werden. Davon ausgehend bleibt das Chancen-Risiko-Profil auch in den nächsten Jahren risikobehaftet. Die wesentlichen Chancen und Risiken sind marktpreisgetrieben. Dies betrifft vor allem weiterhin anhaltende Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten im Handelsbereich sowie künftige Spread-Entwick-

lungen im Speicherbereich. Weitere bedeutende Chancen und Risiken ergeben sich aus dem regulatorischen Umfeld. Nach aktuellem Kenntnisstand besteht kein Abwertungsbedarf für die von der LVV gehaltenen Beteiligungen.

Angriffe auf die IT-Infrastruktur (Cyberattacken), die Nichtverfügbarkeit von Systemen sowie die nicht autorisierte Verwendung von Daten gehören mittlerweile zu den am höchsten eingestuften Bedrohungsszenarien im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements. Dies zeigen auch die zahlreichen diesbezüglichen Vorfälle bei Unternehmen in Deutschland und weltweit. Die Strategie der LVV sowie der Unternehmen in der Gruppe im Umgang mit diesen Risiken besteht zum einen in einer fortlaufenden Weiterentwicklung der Sicherheitssysteme, um die Möglichkeiten solcher Angriffe einzuschränken. Für den Erhalt und Ausbau des hohen Standards der IT-Sicherheit werden regelmäßig Sicherheitsanalysen und Notfallübungen sowie Penetrationstests, die die Angreifbarkeit der IT-Systeme von außen überprüfen, durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt zum anderen in der Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Umgang mit derartigen Gefahren.

Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen kann auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

Nach unserer Risikoeinschätzung waren keine den Fortbestand der LVV oder ihrer wesentlichen Tochterunternehmen gefährdenden Risiken zu verzeichnen.

3.2 Chancenbericht

Die wachsende Stadt Leipzig und die Gestaltung der urbanen Energie- und Mobilitätswende stellen die Unternehmensgruppe unmittelbar und mittelbar vor enorme Herausforderungen und bieten gleichzeitig wesentliche Chancen für seine Zukunftsentwicklung. Um die Handlungs- und Leistungsfähigkeit langfristig zu sichern, harmonisieren die einzelnen Unternehmen ihre wesentlichen Themen wie Investitionen in die Modernisierung und bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung der Dienstleistungen, Produkte und Prozesse sowie eine vorausschauende Personalpolitik.

Durch das konzernweite Management der Finanzpositionen und die steuerliche Optimierung des Querverbands werden sich bietende Chancen durch die **LVV** für den gesamten Konzern systematisch analysiert und genutzt.

So liegen Chancen im Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft: Die Leipziger Gruppe treibt Projekte voran, die angesichts der Förderkulisse und der zunehmenden Bedeutung nichtfossiler Energieträger ein hohes strategisches Potenzial besitzen. Dies betrifft insbesondere die Anbindung der Region an ein übergeordnetes Wasserstoffnetz sowie – bei entsprechenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die Nutzung von Wasserstoff am Kraftwerksstandort des HKW Süd.

Aus Sicht des Geschäftsfeldes **Energie** bestehen Chancen im regulatorischen, branchenspezifischen sowie leistungs- und finanzwirtschaftlichen Umfeld und in einer günstigen Marktentwicklung. Die Relevanz für die Ergebniswirkung der genannten Chancen ist jeweils abhängig vom Ausmaß der äußeren Einflüsse.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Preisentwicklung auf den Energiemärkten werden die Regulierungsbehörden auch künftig das Ziel verfolgen, die Entgelte der Netzbetreiber weiterhin auf einem niedrigen Niveau zu halten oder weiter zu senken. Durch die Entkopplung der zulässigen Erlöse von den tatsächlichen Kosten bestehen Chancen und Risiken hinsichtlich der Erschließung von Effizienzpotenzialen.

Bei einer konsequenten Begleitung der ambitionierten Klimaschutzziele durch gesetzgeberisches Handeln ergeben sich aus der Gestaltung der Energie- und Klimapolitik grundsätzlich Chancen. Dies gilt insbesondere, wenn die Zielsetzungen eines erhöhten Zubaus erneuerbarer Energien, des perspektivischen Einsatzes von grünem Wasserstoff und einer Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung durch die gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene flankiert und überprüft werden. Um die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen im notwendigen Zeitrahmen umzusetzen, sind vor dem Hintergrund langfristiger Investitionen im Bereich der Infrastruktur- und Versorgungswirtschaft stabile Rahmenbedingungen notwendig.

Markt- und Anlageneinsatzchancen sind im Energiemarktdesign sowie in vertraglichen und regulatorischen Marktentwicklungen zu finden. Durch die weitere Flexibilisierung der Vermarktung und Steuerung des Anlagenparks sowie den Zubau von emissionsfreien Fernwärmeerzeugungsanlagen sind Chancen bei einem steigenden Strom/Gas/CO₂-Spread in der Strom- und Wärmeerzeugung gegeben.

Im Systemmarkt der Stadtwerke ergeben sich Chancen aus der Digitalisierung, neuen Handelsplätzen und -produkten an den Großhandelsmärkten, dem Heben von Automatisierungspotenzialen sowie neuen Erlösmöglichkeiten im Rahmen von erneuerbaren Energien. Daneben bietet ein volatiler Großhandelsmarkt Chancen aus der Nutzung von Preisdifferenzen an den Märkten.

Für die Biomasseanlagen ergeben sich Chancen aus fallenden Brennstoffpreisen. Bei hohen Strompreisen an den Großhandelsmärkten bestehen darüber hinaus Chancen aus der ungeforderten Direktvermarktung. Bei den Windkraftanlagen bestehen Chancen in einem stärkeren Windaufkommen als geplant und in der Direktvermarktung. Das witterungsabhängige Wärmegeschäft kann unter Berücksichtigung der Temperaturschwankungen gleichermaßen in beide Richtungen beeinflusst werden.

Im Endkundenmarkt der Stadtwerke liegen Chancen in der schnelleren Umsetzung des Transfers der Wärmeversorgung weg von den fossilen Brennstoffen hin zu regenerativen Technologien. Die kommunale Wärmeplanung stellt einen Katalysator der Energiewende dar und eröffnet auch in der Region neue Marktchancen in Form von Umsetzungsprojekten, welche sich aus dezidierten Energiekonzepten entwickeln.

Es entstehen Chancen, die Marktposition durch Mehrwertdienstleistungen wie Energiemanagement- und Energieeffizienzberatung zu festigen, denn die Anforderungen, die auf Energieversorger wirken, sind vielfältig. Themen wie Dezentralisierung und lokale Energieproduktion, Effizienzsteigerung, erneuerbaren Technologien, Digitalisierung und dynamische Tarife spielen eine tragende Rolle. Auf der Kundenseite wird der Einsatz der herkömmlichen Energieträger geprüft und angepasst, um Verbräuche zu senken und Energiekosten einzusparen. Für den Versorger besteht die Chance, an den Maßnahmen durch Mehrwertdienstleistungen zu partizipieren und über Beratung das zu entwickelnde Energiesystem beim Kunden, unter anderem durch die Erfassung vorhandener Energiequellen und Beratung zu abgestimmten Einsparmaßnahmen, mitzugestalten.

Weitere Chancen stellen die beabsichtigte Erweiterung des Erneuerbare-Energien-Portfolios dar.

Den Herausforderungen der Wärmeversorgungssicherheit in Bezug auf die Brennstoffe im Raum Pommern begegnet die GPEC-Gruppe mit einer frühzeitigen und auf mehrere Lieferanten verteilten Einkaufsstrategie bei den Einsatzstoffen für ihre Erzeugungsquellen. Ebenfalls ist man im engen Austausch und in Abstimmung mit dem Wärmeverlieferanten in Gdansk. Im Jahr 2025 wird die GPEC Sp. z o.o. den Wärmebezug durch Lieferungen von Wärme aus der Müllverbrennungsanlage erweitern.

Im Geschäftsfeld **Mobilität** wird im Sinne der Unternehmensstrategie „MobiLE“ als zentrale Chance insbesondere die Partizipation an der Verkehrswende und die Entwicklung in der wachsenden Stadt Leipzig als Hauptgeschäftsfeld und Potenzialmarkt gesehen.

Die bisherige verkehrliche Entwicklung sowie die Nachfrage nach Mobilitätsdienstleistungen lassen eine Rückkehr zum Wachstumspfad nach den Pandemie Jahren erwarten. Das „Liniennetz der Zukunft“ ist Ausdruck der Ziele des Nahverkehrsplans und des Nachhaltigkeitsszenarios; es soll zur maßgeblichen Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Stadt Leipzig beitragen. Aus deren Umsetzung wird mittelfristig eine weitere Steigerung der Fahrgastzahlen sowie der Verkehrserlöse erwartet.

Darüber hinaus bestehen aus der Perspektive der Verkehrsbetriebe auch Chancen darin, dass sich der Aufgabenträger und die Leipziger Gruppe zu den Nachhaltigkeits- und Mobilitätszielen bekennen und diese auch weiterhin finanziell unterstützen. Angesichts der aktuellen Situation bei der erhöhten Auszahlung von Regionalisierungsmitteln besteht die Chance, zukünftig dauerhaft auch Betriebskosten über Bundes-/Landesmittel zu finanzieren.

Parallel zu den Finanzierungsbeiträgen der Leipziger Gruppe, der Stadt Leipzig und von Bund/Land ist es der Anspruch der Verkehrsbetriebe, einen wesentlichen eigenen Beitrag zur Verbesserung der Finanzierung des ÖPNV zu leisten. Dazu wurde im Geschäftsjahr 2024 das Produktivitätsprogramm als nachhaltiger Eigenbeitrag der LVB zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit initiiert, um selbst aktiv an der Gegenfinanzierung bestehender und zu erwartender Kostensteigerungen mitzuwirken.

Auch im Geschäftsfeld **Wasser** wird mittelfristig weiterhin von einer positiven Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet ausgegangen. Berücksichtigung findet dabei auch die stabile Entwicklung im Bereich des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, (Leipzig) (ZV WALL). Nach der Stagnation in den Vorjahren wird mittelfristig wieder von einem leicht steigenden Pro-Kopf-Gebrauch ausgegangen. Für die Wasserwerke ist damit ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes verbunden.

Insgesamt nehmen durch die Folgen des Klimawandels und der damit häufiger auftretenden Trockenperioden die Bedeutung und auch die gesellschaftliche Wertschätzung des Wassers als „Lebensmittel Nummer eins“ zu. Neben Energie und Verkehr spielt bei veränderter Stadtentwicklung zunehmend der zukünftige Umgang mit Wasser, unter anderem bei Fragen einer wassersensiblen Stadtentwicklung, eine größere Rolle. Hier wird auch von kommunaler Seite auf die Kompetenz der Wasserwerke als Lösungspartner vertraut, was sich beispielsweise in einem gemeinsamen Lenkungsnetzwerk für dieses Thema widerspiegelt.

In der Fördermittellandschaft werden vermehrt Programme angeboten, welche auf die Folgen des Klimawandels und die damit zusammenhängenden Transformationsprozesse im Stadtumbau für die Sektoren Wasser und Energie ausgerichtet sind. Antragstellungen zur Einwerbung von Fördermitteln wurden verstärkt geprüft.

Für die erforderliche Anpassung technischer Anlagen, wie zum Beispiel die Erweiterung der Kapazität des Klärwerkes Rosental aufgrund steigender Abwasserfrachten infolge der Bevölkerungsentwicklung, haben die Wasserwerke entsprechende Konzepte und Strategien erarbeitet, auf deren Grundlage die Umsetzungsplanung und Realisierung vorangetrieben werden.

Weiterhin werden Chancen vor allem bei der verstärkten Implementierung digitaler Anwendungen zur Erleichterung der Arbeit und zur Effizienzsteigerung rings um das Kerngeschäft sowie bei medienübergreifenden Ansätzen zur Nutzung von Energiepotenzialen gesehen.

In Zeiten sehr volatiler und schwer vorhersehbarer wirtschaftlicher Entwicklungen rückt auch wieder ein stabiles Geschäftsmodell als ganz unmittelbare „Chance“ und „stabiler Anker“ in den Vordergrund. Die sichere Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung als unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und Geschäftsgrundlage der Wasserwerke ist daher als wichtigste Zukunftschance und -basis zu verstehen.

3.3 Prognosebericht

Unabdingbar für die zukünftige Ergebnisentwicklung sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft der Unternehmensgruppe sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Im Rahmen der Steuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Ein wesentliches Ziel für die Zukunft der Leipziger Gruppe ist der Ausbau der sehr guten regionalen Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Infrastrukturgeschäft und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Bei diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist unverändert die Ausrichtung auf das Kerngeschäft der einzelnen Geschäftsfelder geboten.

Die Ergebnisse des LVV-Konzerns sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie zunehmend auch von der externen Unterstützung der Gesellschafterin abhängig. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur langfristigen Ergebnisverbesserung werden dabei unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen.

Die wesentlichen Eckwerte der Konzernwirtschaftsplanung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr sind nachfolgend dargestellt und spiegeln die Erwartung der Geschäftsführung für das Folgejahr wider:

Kennzahlen

		Ist 2024	Plan 2025	Veränderung absolut
Konzernergebnis	Mio. EUR	61,3	39,3	-22,0
Adjustiertes EBITDA	Mio. EUR	322,4	322,6	0,2
Investitionen	Mio. EUR	330,9	602,4	271,5
Eigenmittelquote	%	35,4	37,9	2,5
Nettogesamtverschuldung	Mio. EUR	1.051,4	1.391,9	340,5
Dynamischer Verschuldungsgrad		3,3	4,3	1,0

Der Konzernwirtschaftsplan weist für das Jahr 2025 ein positives Jahresergebnis von 39,3 Mio. EUR aus.

Die Wirtschaftsplanung des Konzerns gibt Orientierung für die Entwicklung der Unternehmen in der Leipziger Gruppe in den kommenden fünf Jahren. Neben dem kurzfristigen Blick auf das Jahr 2025 wird mit der mittelfristigen Perspektive bis 2029 ein Weg aufgezeigt, um den bestehenden Herausforderungen in den einzelnen Geschäftsfeldern zu begegnen. Aufgrund der noch immer herausfordernden Rahmenbedingungen sowie der aktuellen geopolitischen Lage ergeben sich nach wie vor erhebliche Unsicherheiten in den angenommenen Planungswerten der LVV sowie der jeweiligen Unternehmen, welche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Leipziger Gruppe haben können.

Die Konzernwirtschaftsplanung geht für das Geschäftsjahr 2025 sowie mittelfristig davon aus, die konzerninterne Finanzierung des ÖPNV aus eigenen Mitteln sicherzustellen. Darüber hinaus sind jedoch zusätzliche und dauerhafte Mittel von Stadt Leipzig, Freistaat und Bund für den Ausgleich der Betriebskosten des ÖPNV notwendig. Im Rahmen der Strategie wurde eine Langfristplanung bis 2045 erstellt, die mit Eintreten von gesetzten Prämissen zu dem Ergebnis kommt, dass der LVV-Konzern 97,0 % der geplanten Investitionen aus

eigener Kraft stemmen kann. Für die sich ansonsten selbsttragenden Investitionen im Wasser- und Energiebereich wird jedoch in der Gesamtbetrachtung eine eigenkapitalstärkende Einlage der Gesellschafterin Stadt Leipzig benötigt.

Das adjustierte EBITDA soll im Jahr 2025 entsprechend der Konzernwirtschaftsplanung bei voraussichtlich 322,6 Mio. EUR liegen. Zum Ende der Mittelfristplanung wird ein EBITDA von 447,1 Mio. EUR prognostiziert. Die Erreichung des EBITDA-Ziels ist insbesondere zur Sicherstellung einer marktüblichen Finanzierung für die vorgesehenen Investitionen notwendig. Es besteht daher der Anspruch, in den kommenden Jahren neben den bereits laufenden Aktivitäten konzernweit weitere Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, die zu einem nachhaltigen Anstieg des EBITDA beitragen.

Der Investitionsplan des Konzerns sieht für das Geschäftsjahr 2025 ein Volumen von 602,4 Mio. EUR vor. Nahezu die Hälfte dieses Gesamtvolumens entfällt auf den Energiebereich. Hierin berücksichtigt ist im Wesentlichen das Zukunftskonzept Wärmeversorgung, welches Investitionen zur Nutzung industrieller Abwärme, in dezentrale Erzeugungsanlagen verschiedener Energieträger (zum Beispiel EEG- und Solarthermie-Anlagen) sowie in weitere Speicherkapazitäten zur Sicherung der Fernwärmeversorgung vorsieht. Ebenso sind Investitionen in den Ausbau und zur Erweiterung des Fernwärmenetzes, in Nahwärmelösungen, in medienunabhängige Energiedienstleistungen sowie in das Produktsegment Submetering geplant.

Bei den polnischen Beteiligungen wird in den kommenden fünf Jahren mit einem sukzessiven Anstieg der Wärmeabnehmer gerechnet, was sich positiv auf Absatz und Umsatz auswirken wird. Trotz der schwierigen geopolitischen Situation, die erhebliche Auswirkungen auf die Energiebranche hatte, wird sich die GPEC-Gruppe sowohl im Wärmebereich als auch bei Dienstleistungen im Energiebereich, bei Ingenieur- und Bauprojekten stark entwickeln. Kontinuierliche Risikoanalysen sowie eine dynamische Langfriststrategie, die sich an ändernde Marktsituationen anpasst, können den polnischen Unternehmen auch weiterhin positive Umsatzprognosen sichern.

Trotz weiterhin hoher Unsicherheiten in Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen zur Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende werden im Geschäftsfeld Mobilität die im Wirtschaftsplan verankerten Investitionen konsequent umgesetzt. Der ÖPNV ist dabei wesentlicher Lösungsbaustein zur Erreichung der verkehrs- und klimapolitischen Ziele. Die begonnene Investitionsoffensive wird – dem wachstumsorientierten Liniennetz der Zukunft folgend – fortgeführt und der eingeschlagene Weg der Umsetzung des Nachhaltigkeitsszenarios wird weiterverfolgt, um damit die Ziele des im Dezember 2019 beschlossenen Nahverkehrsplanes zu erreichen. Die Investitionsplanung des Bereiches Mobilität ist maßgeblich durch die Fahrzeugbeschaffung und die Investitionen in die Netzinfrastruktur geprägt. Zur Finanzierung wird durch die aktive Einwerbung von Fördermitteln eine Fördermittelquote von 63,0 % angestrebt.

Kernaufgaben im Geschäftsbereich Wasser sind und bleiben die Gewährleistung eines sicheren Betriebs sowie die zukunftsfeste Erneuerung und Sanierung der Netze und Anlagen der Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung. Dabei steht die programmatische Abarbeitung der Sanierungsbedarfe des bestehenden Anlagevermögens im Fokus der Aktivitäten. Ziel ist, den Zustand des Trink- und Abwassernetzes und der Anlagen weiter zu verbessern und auf gestiegene Anforderungen zu reagieren (zum Beispiel Ausbau Klärwerk Rosental). Für das Kanalnetz wird mit der Realisierung des umfassenden Kanalsanierungsprogrammes mittelfristig von einer spürbaren und nachhaltigen Zustandsverbesserung ausgegangen. Die Verringerung des Anteils der kurz- bis mittelfristigen Sanierungsbedarfe stellt unter Berücksichtigung weiterer Zieldimensionen, wie Kosteneffizienz und hydraulische Belange, eines der Hauptziele des Kanalsanierungsprogrammes dar. Ein signifikanter Anteil der für die kommenden Planjahre eingestellten Investitionsmittel wird in die Erweiterung des Klärwerkes Rosental fließen. Mit dem Ausbau des Klärwerks werden die notwendigen Voraussetzungen zur sicheren Entsorgung steigender Abwassermengen infolge der wachsenden Stadt Leipzig geschaffen.

Die Eigenmittelquote des Konzerns wird sich aufgrund des erwarteten Konzernergebnisses im Jahr 2025 und steigender Sonderposten für Ertragszuschüsse voraussichtlich auf 37,9 % belaufen und durch geplante Einlagen der Gesellschafterin Stadt Leipzig mittelfristig leicht erhöhen.

Der Anstieg der Nettogesamtverschuldung beruht auf der weiteren Aufnahme langfristiger Fremdmittel zur Finanzierung der anspruchsvollen Investitionsvorhaben in allen Geschäftsfeldern mit dem Ziel, den Herausforderungen der wachsenden Stadt auch zukünftig erfolgreich begegnen zu können. Der dynamische Verschuldungsgrad wird im Geschäftsjahr 2025 voraussichtlich auf 4,3 ansteigen. Im Ergebnis werden – aufgrund intensiver Anstrengungen im Konzern – die mit den Kreditgebern vereinbarten Obergrenzen von 25,0 % für die Eigenmittelquote und von 4,5 für den dynamische Verschuldungsgrad eingehalten und damit die zukünftige Kreditwürdigkeit des LVV-Konzerns gesichert.

Leipzig, den 30. April 2025

Geschäftsführung

Karsten Rogall

Ulf Middelberg

Volkmar Müller

Kerstin Schultheiß

**Konzernabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Aktiva		in TEUR	
		31.12.2024	31.12.2023
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.677	1.419
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten		16.029	14.519
3. Geleistete Anzahlungen		12.130	13.100
		29.836	29.038
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		452.528	421.326
2. Technische Anlagen und Maschinen		2.112.826	2.107.238
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		32.838	28.453
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		293.358	224.698
		2.891.550	2.781.715
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		30.819	28.479
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		14.057	10.887
3. Beteiligungen		92.754	90.807
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		5.008	5.319
5. Sonstige Ausleihungen		613	814
		143.251	136.306
		3.064.637	2.947.059
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		70.953	44.416
2. Unfertige Leistungen		7.562	7.758
3. Geleistete Anzahlungen		17.598	9.012
		96.113	61.186
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		768.415	690.453
Erhaltene Anzahlungen		-407.024	-306.889
		361.391	383.564
2. Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen		6.482	11.971
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		544	14
4. Sonstige Vermögensgegenstände		101.253	123.848
		469.670	519.397
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		224.617	268.182
		790.400	848.765
C. Rechnungsabgrenzungsposten		9.011	9.261
		3.864.048	3.805.085

Passiva

in TEUR

	31.12.2024	31.12.2023
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	651.942	651.942
III. Gewinnrücklagen	273.345	239.397
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-5.186	-6.573
V. Konzernbilanzverlust	-71.584	-91.396
VI. Nicht beherrschende Anteile	99.685	98.807
	948.714	892.689
B. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens	699.304	683.537
C. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	141.429	133.757
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.954	22.787
2. Steuerrückstellungen	7.131	18.075
3. Sonstige Rückstellungen	321.990	292.319
	351.075	333.181
E. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.185.977	1.236.110
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	11.349	11.429
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.869	243.218
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	21.126	25.338
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.966	1.519
6. Sonstige Verbindlichkeiten	297.664	230.908
davon aus Steuern: 18.050 TEUR (Vj.: 10.570 TEUR)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 540 TEUR (Vj.: 376 TEUR)		
	1.714.951	1.748.522
F. Rechnungsabgrenzungsposten	8.470	13.285
G. Passive latente Steuern	105	114
	3.864.048	3.805.085

Konzerngewinn- und -verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

in TEUR

	2024	2023
1. Umsatzerlöse	2.652.494	4.468.861
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-342	3.596
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	27.256	21.588
4. Sonstige betriebliche Erträge	166.387	148.876
	2.845.795	4.642.921
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.844.932	3.691.226
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	117.131	92.685
	1.962.063	3.783.911
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	282.680	257.638
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 8.341 TEUR (Vj.: 6.254 TEUR)	64.853	55.686
	347.533	313.324
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	206.728	231.978
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	0	134
	206.728	232.112
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	220.887	207.164
	108.584	106.410
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 3.210 TEUR (Vj.: 4.124 TEUR)	7.637	6.700
10. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	308
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	450	471
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 175 TEUR (Vj.: 144 TEUR)	10.689	7.188
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.063	872
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.049	801
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: 0 TEUR (Vj.: 0 TEUR)	38.246	36.515
	-21.582	-23.521
16. Ergebnis vor Steuern	87.002	82.889
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: 9 TEUR (Vj.: 9 TEUR)	18.889	22.770
18. Ergebnis nach Steuern	68.113	60.119
19. Sonstige Steuern	6.851	5.970
20. Konzernjahresüberschuss	61.262	54.149
21. Nicht beherrschende Anteile	-7.502	-4.845
22. Konzernverlustvortrag	-91.396	-139.691
23. Entnahmen/Einstellungen Gewinnrücklagen	-33.948	-1.009
24. Konzernbilanzverlust	-71.584	-91.396

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Inhaltsverzeichnis

1	Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung	2
1.1	Allgemeine Angaben	2
1.2	Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis	2
1.3	Konsolidierungsgrundsätze	7
2	Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung	7
2.1	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	7
2.2	Erläuterungen zur Konzernbilanz	12
2.3	Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung	15
3	Angaben zum Jahresergebnis	16
4	Ergänzende Angaben	16
4.1	Haftungsverhältnisse	16
4.2	Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte	16
4.3	Derivative Finanzinstrumente	17
4.4	Angaben zum Mindeststeuergesetz	19
4.5	Angaben zu den Organen	19
4.6	Abschlussprüferhonorar	23
4.7	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	24
5	Nachtragsbericht	24

1 Angaben zur Form und Darstellung von Konzernbilanz sowie von Konzerngewinn- und -verlustrechnung

1.1 Allgemeine Angaben

Die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Leipzig unter HRB 13860 eingetragen.

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV-Konzern), zum 31. Dezember 2024 wird nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBilG) aufgestellt. Dabei wurden die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) grundsätzlich beachtet.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

Das Gliederungsschema der Konzerngewinn- und -verlustrechnung wurde um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

Bei den nachfolgenden Zahlen und Tabellen können sich aus rechentechnischen Gründen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (TEUR, % usw.) ergeben.

1.2 Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag 31. Dezember 2024 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2024 erfolgte die Verschmelzung der Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig, auf die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig. Nach Abspaltung des Geschäftsbereiches Kfz-Werkstatt und Übertragung auf die LeoBus GmbH, Leipzig, wurde außerdem das verbleibende Vermögen der LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig auf die Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig, verschmolzen.

Zum 31. Dezember 2024 ist die LVV mit folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar verbunden beziehungsweise an ihnen beteiligt:

Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	Bau und Service	Wasserwerke	100,00	1.467	3.182 ¹
Brillant Energie GmbH, Leipzig	Brillant	Stadtwerke	100,00	213	-872 ¹
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	Stadtwerke LVB	90,00 10,00	58	0
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ²	GPEC	Stadtwerke	82,86	109.212	16.389
GPEC EKSPERT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ²	GPEC EKSPERT	GPEC	100,00	19.011	5.232
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig ³	IFTEC	LVB LIBV	50,00 0,00	8.867	1.470
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Wasserwerke	LVV	74,65	285.466	39.518 ⁴
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB	100,00	200	180 ¹
LAS GmbH, Leipzig	LAS	Stadtwerke	100,00	499	-199 ¹
Leipziger Kommunale Energieeffizienz GmbH, Leipzig	LKE	Stadtwerke	100,00	25	537 ¹
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	1.032	227 ¹
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	0 ¹
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	2.033	496 ¹
LSI GmbH, Leipzig	LSI	Bau und Service	100,00	2.680	378
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	Stadtwerke	100,00	96.009	-3.131 ¹
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	Stadtwerke	LVV	100,00	260.601	102.807 ¹
Thüringenwind GmbH & Co. Tüngeda KG, Hörselberg-Hainich ⁶	Tüngeda	LWM Stadtwerke	0,00 70,00	2.333	287

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
GPEC ENERGIA SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC ENERGIA	GPEC	100,00	3.149	841
GPEC PELPLIN SP. Z O.O., Pelplin, Polen ^{2, 5}	GPEC PELPLIN	GPEC	100,00	882	334
GPEC PRO SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC PRO	GPEC	100,00	311	155
GPEC PROJEKT SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC PROJEKT	GPEC	100,00	6.120	1.600
GPEC SYSTEM SP. Z O.O., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	GPEC SYSTEM	GPEC	100,00	8.749	730
GPEC TERMO SP. Z O.O., Gdansk, Polen ^{2, 5}	GPEC TERMO	GPEC	100,00	2.625	400
KBL Kabelbau Leipzig GmbH, Leipzig ^{5, 6}	KBL	Stadtwerke	100,00	5.369	1.389
Leipziger Windpark Management GmbH, Leipzig ⁵	LWM	Stadtwerke	100,00	38	-9
		Meter1 GmbH	0,00		
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale) ^{5, 6}	Meter1 KG	Stadtwerke	100,00	231	-19
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) ^{5, 6}	Meter1 GmbH	Stadtwerke	100,00	39	1
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{5, 6}		MEE GmbH	0,00		
	MEE KG	Stadtwerke	100,00	427	-73
Mitteldeutsche Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{5, 6}					
	MEE GmbH	MEE KG	100,00	21	2
Quartiersenergie GmbH, Leipzig ^{6, 7}	QE	Stadtwerke	67,00	532	-137
Seyda Erneuerbare Energien GmbH, Jessen ^{6, 8}	SEE GmbH	Stadtwerke	100,00	636	-40
Seyda Erneuerbare Energien Wind GmbH, Jessen ^{6, 8}	SEE Wind	Stadtwerke	100,00	392	-8
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁵	Sportbäder	Wasserwerke	100,00	1.409	0
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁵	Wassergut	Wasserwerke	100,00	2.264	-202 ¹

Assoziierte Unternehmen⁹

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
caplog-x GmbH, Leipzig ^{6, 10}	caplog-x	Stadtwerke	31,33	2.908	972
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ^{6, 10}	EVIL	Stadtwerke	50,00	407	-14
Energie Harzgerode GmbH, Harzgerode ¹¹	EH	Stadtwerke	49,00	k. A.	k. A.
KNL Kommunalnetz Leipzig GmbH, Leipzig ^{6, 10}	KNL	Stadtwerke	50,00	128	-83
		LEE GmbH	0,00		
Leipziger Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}	LEE KG	Stadtwerke	50,00	1.091	-21
Leipziger Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{6, 10}	LEE GmbH	LEE KG	100,00	24	2
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig ¹⁰	LIBV	LVB	50,00	26	1
Löwitz Energie GmbH, Magdeburg ^{6, 10}	LÖW	Stadtwerke	49,00	17	-7
		MEE 1 V GmbH	0,00		
MEE Projektgesellschaft 1 GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}	MEE 1 KG	Stadtwerke	50,00	3.307	813
MEE Projektverwaltungsgesellschaft 1 mbH, Leipzig ^{6, 10}	MEE 1 V GmbH	MEE 1 KG	100,00	28	1
		MWM	0,00		
Mittelsächsische Windpark GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	MW KG	Stadtwerke	50,00	1.964	69
MWM Mitteldeutsche Windpark Management GmbH, Großschirma ^{6, 10}	MWM	Stadtwerke	50,00	45	5
VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Leipzig ¹⁰	VNG VuB	LVV	34,57	334	2
		WEO GmbH	0,00		
WEO GmbH & Co. KG, Berlin ^{6, 10}	WEO KG	Stadtwerke	33,33	0 ¹²	-785
WEO Verwaltungs GmbH, Berlin ^{6, 10}	WEO GmbH	WEO KG	100,00	56	3
Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Leipzig ^{6, 10}		WEE GmbH	0,00		
	WEE KG	Stadtwerke	50,00	485	-20
Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Leipzig ^{6, 10}	WEE GmbH	WEE KG	100,00	29	2
		MWM	0,00		
Windkraft Hessenweg GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WHW KG	Stadtwerke	50,00	593	-22
Windpark Altenhof GmbH Co. KG Großschirma ^{6, 10}	WAltH KG	Stadtwerke	50,00	0	-15
Windpark Königshain-Wiederau GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}		MWM	0,00		
	WKW KG	Stadtwerke	50,00	1.057	-77
Windpark Königshain-Wiederau Zwei GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}		MWM	0,00		
	WKW 2 KG	Stadtwerke	33,33	0	-23
		MWM	0,00		
Windpark Kyffhäuserland GmbH & Co. KG, Großschirma ^{6, 10}	WKL KG	Stadtwerke	50,00	250	-10

Weitere Beteiligungen

	Abkürzung	Gesell- schafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR
8KU GmbH, Berlin ⁶	8KU	Stadtwerke	12,50	314	1
beka GmbH, Köln ⁶	beka	LVB	0,47	1.285	110
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz ⁶	enviaM	LVV	0,07 ¹³	2.117.547	375.266
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVV	4,92	884.447	183.121
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau ⁶	FEO	Wasserwerke	0,29	131.564	-222
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig ⁶	Joblinge	Stadtwerke	6,25	130	50
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz ¹⁴	KBE	LVV	1,35	514.047	35.541
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale) ⁶	MDV	LVB	16,96	477	0
		MIV	0,00		
Mobility inside Holding GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main ⁶	MiH	LVB	2,21	3.478	-15.643
Mobility inside Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main ⁶	MiV	LVB	5,00	55	1
SAG Abwicklungs AG, i. L., Zwenkau ¹⁵	SAG	Brillant	11,43	k. A.	k. A.
		TEEV	0,00		
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen ⁶	TEE	Stadtwerke	3,46	142.754	7.076
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen ⁶	TEEV	TEE	100,00	84	59
VNG AG, Leipzig	VNG AG	LVV	5,41 ¹⁶	1.713.701	355.449

¹ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung² Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt³ die IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, ist gemäß § 264b HGB von Ihrer Verpflichtung befreit, einen handelsrechtlichen Jahresabschluss und einen Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften offenzulegen⁴ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlung Minderheitsgesellschafter⁵ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit im Verhältnis zu Bilanzsumme, Umsatz und Ergebnis des Konzerns⁶ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023⁷ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wegen nicht beherrschenden Einflusses⁸ Nichteinbeziehung verbundener Unternehmen gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB wegen Weiterveräußerungsabsicht⁹ die Anteile am gezeichneten Kapital entsprechen den Stimmrechten¹⁰ Nichteinbeziehung assoziierter Unternehmen gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung wegen Unwesentlichkeit der Ergebnis- und Ausschüttungsbeiträge¹¹ Gründung erfolgte im Jahr 2023, Handelsregistereintrag im Jahr 2024 – Jahresabschluss liegt noch nicht vor¹² nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten von TEUR 8.936¹³ treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE¹⁴ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2024¹⁵ Gesellschaft ist aufgelöst – von Amts wegen eingetragen gemäß § 65 Abs. 1 GmbHG¹⁶ über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss des LVV-Konzerns wird auf Grundlage der Richtlinie der LVV für die Erstellung des Konzernabschlusses und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet. Währungsbedingte Umrechnungsdifferenzen aus der Schuldenkonsolidierung werden aus Vereinfachungs- und Wesentlichkeitsgründen erfolgswirksam erfasst.

Grundlage der Kapitalkonsolidierung sind die Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für alle bereits vor dem 1. Januar 2010 einbezogenen konsolidierten Unternehmen abweichend vom Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) Nr. 23 zulässigerweise nach der Buchwertmethode.

Von der Möglichkeit der Nichteinbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss nach § 296 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Für den erfolgten Verkauf von Anlagevermögen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurde auf eine Eliminierung der Zwischenergebnisse entsprechend § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum ungewichteten Durchschnittskurs des Geschäftsjahres in Euro umgerechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen werden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt.

Soweit Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen von untergeordneter Bedeutung sind, wird unter Bezugnahme auf § 311 Abs. 2 HGB auf die Anwendung von § 311 Abs. 1 und § 312 HGB entweder bei Beteiligungserwerb oder bei geänderten Verhältnissen zu einem späteren Zeitpunkt verzichtet.

2 Erläuterungen zu den Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und -verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, werden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände und sonstiger Anlagen sind neben den

Einzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des hierzu erforderlichen Werteverzehrs des Anlagevermögens enthalten.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 248 Abs. 2 HGB werden seit 2019 bei bedeutenden Sachverhalten selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Diese betreffen insbesondere die Eigenentwicklung von Softwarelösungen, welche über eine Nutzungsdauer von drei beziehungsweise fünf Jahren linear abgeschrieben werden.

Unentgeltlich übernommene Anlagegüter wurden zum Zeitpunkt der Übertragung mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Den Abschreibungen liegt in der Regel eine Nutzungsdauer in einer Bandbreite von zwei bis 55 Jahren zugrunde. Darüber hinaus werden im Fall von dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Sofern erforderlich, werden Wertaufholungen bei in Vorjahren außerplanmäßig abgeschrieben Vermögensgegenständen durch Zuschreibungen berücksichtigt.

Im Fall, dass wirtschaftlich wesentliche Bestandteile eines Vermögensgegenstandes eine abweichende Nutzungsdauer aufweisen und diese Bestandteile physisch separierbar sind, wird eine komponentenweise planmäßige Abschreibung angewendet. Weiterhin werden eine leistungsabhängige Abschreibung entsprechend den Betriebsstunden bei einer Gasturbine und eine degressive Abschreibung für das Heizkraftwerk Süd angewandt.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall 800,00 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben. Bei Wirtschaftsgütern, deren Wert 250,00 EUR nicht überschreitet, werden die Anschaffungskosten sofort als Aufwand erfasst.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten oder zu den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Die Anschaffungskosten der Anteile an ausländischen Unternehmen werden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Soweit erforderlich, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen. Ausleihungen werden zum Nennwert bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet. In die Herstellungskosten werden neben Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsge-meinkosten sowie des hierzu erforderlichen Werteverzehrs des Anlagevermögens einbezogen.

Geleistete Anzahlungen auf Vorräte werden mit ihren Anschaffungskosten zum Nennbetrag (ohne Umsatzsteuer) angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen, die zum Nennwert angesetzt werden, auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder unter Beachtung des Realisationsprinzips für langfristige Positionen (§ 256a HGB) zum niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Insoweit Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, sind Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen worden.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nennwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben gebildet, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen resultierenden latenten Steuern wurden mit dem aktiven primären latenten Steuerüberhang saldiert (Gesamtdifferenzenbetrachtung). Eine Bilanzierung von latenten Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen (sekundäre latente Steuern) erfolgt nur, soweit sich aus der Gegenüberstellung mit den primären latenten Steuern ein Passivüberhang ergibt oder bei Vorliegen eines Aktivüberhangs sekundärer latenter Steuern unbeachtlich der Ausübung des Aktivierungswahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. §§ 298 und 300 Abs. 2 HGB.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver latenter Steuern liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasi permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf gegebenenfalls bestehende körperschaft- und gewerbsteuerlichen Verlustvorträge gebildet, soweit innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Dieser Einschätzung liegen entsprechende Planungsrechnungen zugrunde.

Die Berechnung erfolgt für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragssteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % beziehungsweise im Fall von zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragssteuersatzes von 15,9 %, der lediglich die Körper-

schaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften findet ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Für das Geschäftsjahr 2024 ergibt sich konzernübergreifend unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht. Bestehende Verlustvorträge waren mangels Nutzbarkeit nicht zu bewerten.

Die latenten Steuern beruhen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Vorräten, sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen, Forderungen, Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 18 „Latente Steuern“ wird auf eine Darstellung des Zusammenhangs zwischen erwartetem und ausgewiesenem Steueraufwand in Form einer Überleitungsrechnung verzichtet.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen (Schuldenkonsolidierung) resultieren passive latente Steuern (50,9 TEUR). Sie sind mit einem kombinierten Ertragssteuersatz von rund 12,67 % bewertet. Wegen der Zulässigkeit der Gesamtdifferenzenbetrachtung (konzernübergreifende Betrachtung) unterbleibt die Bilanzierung von latenten Steuern aus der Schuldenkonsolidierung, da diese durch einen (insgesamt bestehenden) Aktivüberhang gedeckt ist.

Die bereits seit 2021 vorliegenden passiven latenten Steuern aus der Kaufpreisallokation der Tüngeda wurden unter Anwendung des Ertragssteuersatzes von 13 % entsprechend fortentwickelt; sie sind gemäß § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz). Sie belaufen sich zum Stichtag auf 104,4 TEUR und entfallen auf andere Gesellschafter. Die Veränderung der passiven latenten Steuer zum Vorjahr (113,9 TEUR) resultiert aus der planmäßigen Auflösung (9,5 TEUR).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übernommenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die jeweilige Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ertragswirksam aufgelöst werden. Die im Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Emissionsberechtigungen ausgewiesenen Rechte wurden zum Erinnerungswert bilanziert.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für bis zum 31. Dezember 2002 erhaltene Baukostenzuschüsse. Für erhaltene Baukostenzuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der betreffenden Anlagen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie ausgewählte Personalrückstellungen werden auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gebildet.

Für die Rückstellungen für Pensionen und andere Altersversorgungsverpflichtungen werden bei einer angenommenen Laufzeit von 15 Jahren Rechnungszinssätze von 1,88 % bis 1,90 % zugrunde gelegt sowie künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von bis zu 5,0 % unterstellt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 110 TEUR.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bei einem Rechnungszins von 5,85 % sowie künftiger Gehaltsanpassungen von 5,7 % und Fluktuationsraten von bis zu 12,1 % gebildet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten aus der verzinslichen Ansammlung der geleisteten Sparanteile der Versicherungsprämien zuzüglich etwa vorhandener Guthaben aus Überschussbeteiligungen), da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt. Die Bewertung erfolgt aufgrund versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei ausgewählten sonstigen Personalrückstellungen (für Jubiläen, Altersteilzeit und Wertkontenmodelle) werden bei der Bewertung in den versicherungsmathematischen Gutachten Zinssätze gemäß den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Dabei werden zukünftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen berücksichtigt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und als Deckungsvermögen ausschließlich der Erfüllung langfristiger Pensionsverpflichtungen sowie der Verpflichtungen aus Altersteilzeit und Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt aufgrund vorliegender versicherungsmathematischer Gutachten.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

In den sonstigen Rückstellungen werden die unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate zur Erfüllung der Rückgabeverpflichtung zum Erinnerungswert sowie entgeltlich erworbene Emissionszertifikate zum Buchwert erfasst.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wird jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden langfristige Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und die erhaltenen Anzahlungen zum Nennwert passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Innerhalb der sonstigen Verbindlichkeiten werden die Verpflichtungen gemäß § 13 Abs. 4 SächsKAG ausgewiesen, wonach die Mehrerträge, die sich aus der Differenz zwischen den in der Entgeltkalkulation angesetzten Abschreibungen auf Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) und den handelsrechtlichen Abschreibungen ergeben, in künftigen Kalkulationsperioden entgeltmindernd anzusetzen sind. Ab der Preisperiode 2016/2017 haben die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von WBZW gemäß § 13 Abs. 1 SächsKAG in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Die Verpflichtung wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen ermittelt. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist die Verbindlichkeit unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig zugunsten der Umsatzerlöse ertragswirksam aufzulösen. Die daraus resultierenden Auflösungsbeträge belaufen sich im Jahr 2024 auf 1.585 TEUR.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Im Geschäftsjahr wurden 832 TEUR selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Insgesamt fielen 939 TEUR Entwicklungskosten an, davon wurden 832 TEUR aktiviert.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene nicht konsolidierte Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen.

Die Vorräte enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen, die mit einem Erinnerungswert angesetzt sind (Marktwert zum 31. Dezember 2024: 1.921 TEUR).

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt 707.271 TEUR enthalten. Erhaltene Anzahlungen von 407.024 TEUR werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter Stadt Leipzig mit 39.923 TEUR (Vj.: 23.979 TEUR) enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene, nicht einbezogene Unternehmen** betreffen 5.853 TEUR Forderungen aus Cash Management, 562 TEUR sonstige Vermögensgegenstände sowie 66 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 290 TEUR Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind Forderungen gegen das Finanzamt von 26.620 TEUR ausgewiesen, die teilweise rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen. Außerdem enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig von 0 TEUR (Vj.: 3 TEUR).

Von den Forderungen haben 6 TEUR (Vj.: 6 TEUR) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie 123 TEUR (Vj.: 163 TEUR) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Der nach § 250 Abs. 3 HGB in den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** aufgenommene Unterschiedsbetrag (Disagio) beläuft sich auf 2.300 TEUR (Vj.: 2.383 TEUR).

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Bei den **Gewinnrücklagen** handelt es sich um andere Gewinnrücklagen.

Im Posten **nicht beherrschende Anteile** in der Bilanz von 99.684 TEUR sind die Anteile des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig, (ZV WALL), an den Wasserwerken, der Stadt Gdańsk an der Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Cieplnej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen, (GPEC), der Boreas Energie GmbH an der Tüngeda sowie der Siemens AG an der IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig, (IFTEC), erfasst. Der diesen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn von 7.502 TEUR ist in diesem Bilanzposten verrechnet und in der Konzerngewinn- und -verlustrechnung separat im Posten nicht beherrschende Anteile ausgewiesen.

In zulässiger Abweichung von DRS Nr. 22 „Konzerneigenkapital“ werden die Angaben zu den gesetzlichen Ausschüttungs- oder Abführungssperren unterlassen.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden bei den inländischen Unternehmen entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils 457 TEUR. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen 685 TEUR. Der im Geschäftsjahr 2024 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (20 TEUR) ist in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (20 TEUR) saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr auch Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (67.672 TEUR), für ungewisse Verbindlichkeiten (52.242 TEUR), für die Beseitigung ökologischer Schäden (48.584 TEUR), für Rückgabeverpflichtungen von CO₂-Zertifikaten (39.236 TEUR), für Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (25.435 TEUR), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (23.955 TEUR), für Abwasser- und Konzessionsabgaben (18.168 TEUR), für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (15.084 TEUR) sowie für drohende Verluste (13.590 TEUR).

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen für Wertkonten** (10.741 TEUR) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen 10.741 TEUR. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände und der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden belaufen sich jeweils auf 10.741 TEUR. Der Zinsaufwand aus der Dotierung der rückgedeckten Verpflichtungen (128 TEUR) wurde mit dem Zinsertrag aus den Rückdeckungsversicherungen (26 TEUR) verrechnet.

In den sonstigen Rückstellungen sind Aufwandsrückstellungen von 8.945 TEUR enthalten, für die das Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB in Anspruch genommen wurde.

Der Betrag der Überdeckung von langfristigen Rückstellungen, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten wurde, beläuft sich auf 20 TEUR.

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (Vorjahr)	von einem bis zu fünf Jahren (Vorjahr)	über fünf Jahre (Vorjahr)	Gesamt 31.12.2024 (Vorjahr)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	95.226 (83.984)	474.918 (500.103)	615.833 (652.023)	1.185.977 (1.236.110)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	11.349 (11.429)	0 (0)	0 (0)	11.349 (11.429)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.869 (243.218)	0 (0)	0 (0)	192.869 (243.218)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	21.126 (25.338)	0 (0)	0 (0)	21.126 (25.338)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.966 (1.519)	0 (0)	0 (0)	5.966 (1.519)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	142.678 (86.042)	6.021 (4.718)	148.965 (140.148)	297.664 (230.908)
	469.214 (451.530)	480.939 (504.821)	764.798 (792.171)	1.714.951 (1.748.522)

Für den Großteil der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen / Schuldscheindarlehen institutioneller Investoren** wurden mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen standardisierte Financial Covenants vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 7.810 TEUR erfolgten eine Sicherungsübereignung des finanzierten Anlagevermögens und eine offene Abtretung der mit dem Projekt verbundenen Forderungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen mit 11.560 TEUR Verbindlichkeiten (Vj.: 9.157 TEUR) gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen** betreffen 13.910 TEUR Verbindlichkeiten aus Cash Management, 6.267 TEUR sonstige Verbindlichkeiten, 946 TEUR Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie 3 TEUR Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen / Schuld-scheindarlehen institutioneller Investoren von 90.000 TEUR enthalten.

Weiterhin sind in den sonstigen Verbindlichkeiten Verpflichtungen gemäß § 13 Absatz 4 SächsKAG (66.559 TEUR, Vj.: 56.110) ausgewiesen.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen das Folgejahr betreffende Fahrgeldein-nahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig, (Verkehrsbetriebe), von 3.861 TEUR, eine ver-einnahmte Zahlung gemäß Wasserstoffversorgungsvertrag der LKE von 2.101 TEUR sowie den unentgeltli-chen Empfang von Anlagevermögen der GPEC von 1.896 TEUR.

Die **passiven latenten Steuern** belaufen sich zum Stichtag auf 104 TEUR (Vj.: 114 TEUR) und entfallen auf andere Gesellschafter. Die Veränderung der passiven latenten Steuer zum Vorjahr resultiert aus der plan-mäßigen Auflösung von 10 TEUR.

2.3 Erläuterungen zur Konzerngewinn- und -verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen 2.126.866 TEUR auf den Energiegroßhandel und auf Ener-gielieferungen, 215.989 TEUR auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, 142.662 TEUR auf Er-träge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie 166.977 TEUR auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden 2.382.671 TEUR in der Bundesrepublik Deutschland und 269.823 TEUR au-ßerhalb von Deutschland erwirtschaftet, davon 267.328 TEUR in der Republik Polen.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Umsatzerlöse von 28.256 TEUR.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten unter anderem periodenfremde Erträge von 60.393 TEUR. Diese betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (49.146 TEUR) sowie Er-träge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und dem Eingang von ausgebuchten For-derungen (7.967 TEUR).

Die Erträge aus Fremdwährungsgewinnen betragen 10 TEUR; davon sind 7 TEUR nicht realisiert.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von 37.151 TEUR.

In den **Abschreibungen** sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen von 1.063 TEUR für Be-teiligungen enthalten, außerdem auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände von 533 TEUR, die im Wesentlichen die Biomassekraftwerke Piesteritz und Bischofferode betreffen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten unter anderem periodenfremde Aufwendungen von 16.947 TEUR, darin sind periodenfremde Aufwendungen von 14.012 TEUR für Wertberichtigungen und Ab-schreibungen von Forderungen enthalten.

Aufwendungen für Fremdwährungsverluste sind in Höhe von 7 TEUR angefallen.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind 1.682 TEUR aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind 895 TEUR aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von 534 TEUR, die sich im Wesentlichen aus Steuererstattungen für Vorjahre ergaben. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von 292 TEUR, die sich vor allem aus Steuernachzahlungen für Vorjahre ergaben.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Steuernachzahlungen für Vorjahre von 5.129 TEUR.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Konzernjahresüberschuss von 61.262 TEUR ab.

Unter Berücksichtigung der den anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse (nicht beherrschende Anteile) von 7.502 TEUR, des Konzernverlustvortrages von 91.396 TEUR und der Einstellung des Vorjahresergebnisses der LVV von 33.948 TEUR in die Gewinnrücklagen verbleibt ein Konzernbilanzverlust von 71.584 TEUR.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss der Muttergesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 von 39.229 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

4 Ergänzende Angaben

4.1 Haftungsverhältnisse

Im Konzern bestehen Haftungsverhältnisse von 51.069 TEUR. Davon betreffen 50.895 TEUR Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft der IFTEC in einer Bietergemeinschaft. Da die Bietergemeinschaft ihre Leistungen bisher vertragsgerecht erfüllt hat und nach derzeitigem Kenntnisstand voraussichtlich auch zukünftig erfüllen wird, ist davon auszugehen, dass mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen sowie Investitionen von 52.236 TEUR.

Aus der Energiebeschaffung bestehen Verpflichtungen aus dem OTC (Over the Counter) -Handel für Strom mit einem Nominalwert von 335,7 Mio. EUR, für Gas mit einem Nominalwert von 225,5 Mio. EUR sowie für Emissionszertifikate mit einem Nominalwert von 25,4 Mio. EUR.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.780 TEUR aus noch nicht eingeforderten Kapitaleinlagen, aus der Gewährung von Darlehen sowie aus Zahlung variabler Zusatzkaufpreise.

Das Bestellobligo beläuft sich auf 252.959 TEUR.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2024 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,6 % und Zusatzbeiträge von 4,86 % (davon teilweise 2,4 % Arbeitnehmeranteil) der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken werden bei der LVV **Finanzderivate** eingesetzt. Der Abschluss der Derivate erfolgt immer bezogen auf ein Grundgeschäft. Konkret wurde im Jahr 2024 für ein von der LVV vergebenes Intercompany-Darlehen an die polnische Enkelgesellschaft GPEC ein Zins- und Währungsswap kontrahiert, der zum Bilanzstichtag bestand und bis 2028 läuft.

Finanz-Derivate	in TEUR			
	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	31.12.2014	
			Aktiva	Passiva
Zinsderivate (Zins- und Währungsswaps)	22.805	-90	0	0

Das Sicherungsgeschäft (Swap) sichert alle Cash Flows aus dem Intercompany-Darlehen ab. Neben dem Tausch der anfänglichen Nominalwerte (22.805.017,10 EUR/100.000.000,00 PLN) sind dies alle Zins- und Tilgungszahlungen aus dem Darlehen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sogenannte Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet.

Der Swap und das Intercompany-Darlehen stimmen in allen wesentlichen wertbestimmenden Faktoren überein (Critical Terms Match), das heißt, aufgrund der Betragsidentität und der Kongruenz der Laufzeiten, Zinssätze sowie der Zins- und Tilgungstermine gleichen sich die gegenläufigen Wertänderungen beziehungsweise Zahlungsströme während der Laufzeit von Grund- und Sicherungsgeschäft aus.

Der Zeitwert des Swaps, der mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten (Marktwerte) ermittelt wurde, beläuft sich zum 31. Dezember 2024 gemäß Marktpreisbestätigung der Bank, mit der das Geschäft abgeschlossen wurde, auf -89.548,56 EUR.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von **Commodity-Derivaten** in Form von Futures.

Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der ausgewiesenen Commodity-Derivate wie folgt dar:

Commodity-Derivate	in TEUR			
	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	31.12.2024	
			Aktiva	Buchwert Passiva
Strom ¹	1.229.886	13.465	0	0 ²
Gas ¹	1.117.450	1.271	0	0 ²
CO ₂ -Zertifikate ¹	63.296	520	0	0 ²

¹ Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

² ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung

Über geregelte Märkte (Börsen) oder Finanzinstitute erworbene Finanzinstrumente (Derivate, Emissionszertifikate) werden in Anlehnung an § 1 Abs. 11 KWG als Commodity-Derivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (1.234,4 Mio. EUR) und Verkaufsverträge (1.176,3 Mio. EUR) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2028.

Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte werden nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolien zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig. Zur Bestimmung der prospektiven Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird auf das dokumentierte, angemessene und funktionsfähige Risikomanagement der Gesellschaft verwiesen, mit dem die Einhaltung der Risikolimits fortlaufend überwacht wird. Die Wertänderungen sind über einen Zeitraum von zwei Jahren gesichert. Die Beurteilung der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt zum Jahresende durch die Betrachtung des Saldos der beizulegenden Zeitwerte der einbezogenen Geschäfte. Ist dieser Saldo negativ, so wird eine Drohverlustrückstellung für die Bewertungseinheit gebildet. Bei einem positiven Saldo der beizulegenden Zeitwerte werden diese bilanziell nicht berücksichtigt.

Für das Handelsgeschäft mit erneuerbaren Energien (Midstream) wurden gemäß IDW RS ÖFA 3 Produktgruppenportfolien gebildet, die für die Jahre bis 2031 Direktvermarktungs- und Power Purchase Agreement-Verträge und verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Absatz umfassen. Für stichtagsbezogene defizitäre Jahresscheiben wurden Drohverlustrückstellungen von 241 TEUR aufgelöst, welche die positiven Ergebnisbeiträge des Geschäftsjahres erhöhen.

Im Bereich des Endkundenmarktes wurden Vertragsportfolien nach IDW RS ÖFA 3 für Strom und Gas gebildet. Die Portfolios umfassen derzeit die jeweils für die Jahresscheiben 2025, 2026 und 2027 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Die Absatzgeschäfte betreffen verbindliche Absatzverträge mit Kunden sowie den mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zu erwartenden Kundenabsatz. Diesen werden Beschaffungsgeschäfte entgegengestellt, welche kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte beinhalten. Zudem werden in der Portfoliobetrachtung die direkt zurechenbaren Kosten auf Basis des Deckungsbeitrages V berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2024 sind (diskontierte) Drohverlustrückstellungen von 8.728 TEUR aufgelöst worden.

Bei der Bilanzierung der Bewertungseinheiten wurde jeweils die Einfrierungsmethode angewandt.

4.4 Angaben zum Mindeststeuergesetz

Der LVV-Konzern fällt in den Anwendungsbereich der Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung („Pillar 2“). Die Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung sind mit Wirkung zum 28. Dezember 2023 in Deutschland in Form des Mindeststeuergesetzes (MinStG) in Kraft getreten. Das MinStG gilt erstmals für Geschäftsjahre, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen. Gemäß dem MinStG ist eine Ergänzungssteuer für jede Jurisdiktion zu zahlen, die einen effektiven Steuersatz unter 15 % aufweist.

Für 2024 ist für die LVV auf Basis der sogenannten CbCR Safe Harbour Regelungen (§ 84 MinStG) nicht mit einer Steuerbelastung nach dem Mindeststeuergesetz zu rechnen.

4.5 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Karsten Rogall,
Geschäftsführer Energie, Sprecher der Geschäftsführung Kommunikation und Presse, IT-Strategie,
- Herr Ulf Middelberg,
Geschäftsführer Mobilität, Konzernentwicklung, Markenentwicklung, Digitalisierung,
- Herr Volkmar Müller,
Geschäftsführer Konzernrevision, Recht, Gremienmanagement, Finanz- und Risikomanagement, Rechnungswesen, Steuern und Beteiligungscontrolling, und
- Frau Kerstin Schultheiß,
Geschäftsführerin Wasser, Arbeitsdirektorin, Personal und Koordination Personalstrategie, Datenschutz, Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizinischer Dienst.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden den Mitgliedern der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

	in TEUR						
	Festes Jahres- grund- gehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgs- abhängige Vergü- tungen	Gesamt- vergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Alters- versorgung¹	Alters- versorgung (Beitrags-) Aufwand
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
Michael M. Theis	0	0	0	0	0		0
	(80)	(2)	(67)	(149)	(0)	(A)	(10)
Karsten Rogall	285 ²	6	50 ³	341	0	A	40
	(277)	(6)	(50)	(333)	(0)	(A)	(40)
Ulf Middelberg	260	6	50 ³	316	0	A	40
	(260)	(4)	(50)	(314)	(0)	(A)	(40)
Volkmar Müller	260	6	50 ³	316	0	A	40
	(260)	(8)	(50)	(318)	(0)	(A)	(40)
Kerstin Schultheiß	230	7	33 ⁴	270	0	A	30
	(153)	(5)	(0)	(158)	(0)	(A)	(30)
	1.035	25	183	1.243	0		150
	(1.030)	(25)	(217)	(1.272)	(0)		(160)

¹ A – beitragsorientierte Leistungszusage

² inklusive Sprecherzulage

³ Zahlung Erfolgsprämie für Geschäftsjahr 2023 im Jahr 2024

⁴ Zahlung anteilige Erfolgsprämie für Geschäftsjahr 2023 im Jahr 2024

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Anteilseignervertreter

Burkhard Jung	Oberbürgermeister der
Vorsitzender des Aufsichtsrates	Stadt Leipzig
Martin Biederstedt	arbeitssuchend
(bis zum 28. Oktober 2024)	
Torsten Bonew	Erster Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen,
(bis zum 28. Oktober 2024)	Stadt Leipzig
Siegbert Droese	Abgeordneter,
	Europäisches Parlament
Anja Feichtinger	Vorstandsassistenz,
(ab dem 28. Oktober 2024)	VNG AG
Katharina Krefft	Ärztin,
(bis zum 28. Oktober 2024)	Parkkrankenhaus Leipzig
Sven Morlok	Staatsminister,
	a. D.
Andreas Nowak	Landtagsabgeordneter,
(ab dem 28. Oktober 2024)	Sächsischer Landtag
Heiko Oßwald	Sachgebietsleiter Einkommensteuer,
(bis zum 28. Oktober 2024)	Finanzamt Leipzig II
Eric Recke	Parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater,
(ab dem 28. Oktober 2024)	BSW Fraktion im Sächsischen Landtag
Franziska Riekewald	Geschäftsführerin,
	Mobiler Behindertendienst Leipzig e.V.
Claus-Uwe Rothkegel	Geschäftsführer,
(bis zum 28. Oktober 2024)	Rothkegel BauFachhandel GmbH und Rothkegel GmbH
Steffen Wehmann	Mitarbeiter Finanzen/Banken,
	Konsum Leipzig eG
	Fraktionsassistent,
	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Leipzig
Michael Weickert	Referent,
(ab dem 28. Oktober 2024)	Sächsischer Landtag - Jessica Steiner MSL
Kristina Weyh	Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
(ab dem 28. Oktober 2024)	Sächsischer Landtag - Dr. Claudia Maicher MSL

Arbeitnehmervertreter	
Ines Kuche Stellvertretende Vorsitzende	Gewerkschaftssekretärin, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
Norman Friske (bis zum 11. Oktober 2024)	Bezirksleiter Halle-Magdeburg, IG BCE - Bezirk Halle-Magdeburg
Susann Frölich	Betriebsratsvorsitzende, Stadtwerke Leipzig GmbH
Jens Herrmann-Kambach	Betriebsrat, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Susann Hildebrand (bis zum 24. März 2025)	Fachverantwortliche Fahrzeugreinigung, Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH
Armin Krück	Betriebsratsvorsitzender, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Peter Kubiak (bis zum 29. Februar 2024)	Sachbearbeiter Koordination Telekommunikation, Netz Leipzig GmbH
Enrico Lange	Bereichsleiter Finanzen und Controlling, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
Nico Langhammer	Sachbearbeiter Technik/Automatisierungstechnik, Bau und Service Leipzig GmbH
Boris Loew (ab dem 13. Dezember 2024)	Gewerkschaftssekretär IG BCE - Landesbezirk Nordost
Tina Neudorf (ab dem 1. März 2024)	Betriebsrätin, Stadtwerke Leipzig GmbH
Frank Peter (ab dem 25. April 2025)	CISO Chief Information Security Officer LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Paul Schmidt	Landesbezirksfachbereichsleiter Fachbereich B, ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024 folgende Vergütung und Sitzungsgelder:

in EUR		
Anteilseignervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Burkhard Jung		
Vorsitzender des Aufsichtsrates	1.000,00	1.625,00
Martin Biederstedt (bis zum 28. Oktober 2024)	825,14	0,00
Torsten Bonew (bis zum 28. Oktober 2024)	825,14	0,00
Siegbert Droese	1.000,00	500,00
Anja Feichtinger (ab dem 28. Oktober 2024)	177,60	250,00
Katharina Krefft (bis zum 28. Oktober 2024)	825,14	750,00
Sven Morlok	1.000,00	1.000,00
Andreas Nowak (ab dem 28. Oktober 2024)	177,60	250,00
Heiko Oßwald (bis zum 28. Oktober 2024)	825,14	750,00
Eric Recke (ab dem 28. Oktober 2024)	177,60	250,00
Franziska Riekewald	1.000,00	1.000,00
Claus-Uwe Rothkegel (bis zum 28. Oktober 2024)	825,14	500,00
Steffen Wehmann	1.000,00	1.625,00
Michael Weickert (ab dem 28. Oktober 2024)	177,60	250,00
Kristina Weyh (ab dem 28. Oktober 2024)	177,60	250,00
	10.013,70	9.000,00

in EUR		
Arbeitnehmervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Ines Küche		
Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	1.375,00
Norman Friske (bis zum 11. Oktober 2024)	778,69	500,00
Susann Frölich	1.000,00	1.625,00
Jens Herrmann-Kambach	1.000,00	1.000,00
Susann Hildebrand (bis zum 24. März 2025)	1.000,00	750,00
Armin Krück	1.000,00	1.000,00
Peter Kubiak (bis zum 29. Februar 2024)	163,93	0,00
Enrico Lange	1.000,00	1.000,00
Nico Langhammer	1.000,00	1.000,00
Boris Loew (ab dem 13. Dezember 2024)	51,91	0,00
Tina Neudorf (ab dem 1. März 2024)	836,07	1.000,00
Frank Peter (ab dem 25. April 2025)	0,00	0,00
Paul Schmidt	1.000,00	1.000,00
	9.830,60	10.250,00

4.6 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2024 berechnete Gesamthonorar beträgt 573 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 413 TEUR sowie auf andere Bestätigungsleistungen 160 TEUR. Im Gesamthonorar sind Leistungen von 62 TEUR für Vorjahre enthalten.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt 521 TEUR. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen 373 TEUR, auf Steuerberatungsleistungen 22 TEUR sowie auf sonstige Leistungen 126 TEUR. Im Gesamthonorar sind 5 TEUR für Vorjahre enthalten.

4.7 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)		
	2024	2023
Angestellte	2.127	2.037
Gewerbliche Mitarbeiter	3.265	3.109
	5.392	5.146

5 Nachtragsbericht

Die zwischen der LVB und der LeoBus bestehenden Vereinbarungen über die Erbringung von Fahrdienstleistungen mit Bussen und die damit in direktem Zusammenhang stehenden Shared Services wurden mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2024 beendet und der Betriebsteil Fahrdienstleistungen mit Wirkung zum 1. Januar 2025 von der LVB übernommen und fortgeführt.

Aus einer Pressemitteilung vom 7. April geht hervor, dass die HeiterBlick GmbH einen Antrag beim Amtsgericht Leipzig zur Eröffnung eines Eigenverwaltungsverfahrens eingereicht hat. Die LVB hatten den Auftrag für zunächst 25 Straßenbahnen vom Typ NGT12+ im Jahr 2020 ausgeschrieben und ein Konsortium um die HeiterBlick GmbH hatte den Zuschlag erhalten. Aktuell ist davon auszugehen, dass sich das Risiko wesentlicher Verzögerungen oder eines Lieferantenausfalls nicht materialisiert und das von der HeiterBlick GmbH eingeleitete Verfahren die Chance einer Neuordnung des Unternehmens bietet, so dass sich das Neufahrzeugprojekt weiter stabilisiert und es realisiert wird.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nicht bereits im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 sowie im Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024 Erwähnung fanden, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 30. April 2025

Geschäftsführung

Karsten Rogall

Ulf Middelberg

Volkmar Müller

Kerstin Schultheiß

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					31.12.2024
	01.01.2024	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte	3.965	0	535	0	0	4.500
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV- Programme und Grunddienstbarkeiten	155.575	60	3.133	8.344	5.256	161.856
3. Geleistete Anzahlungen	13.100	0	4.965	-5.914	21	12.130
	172.640	60	8.633	2.430	5.277	178.486
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	780.122	4.285	11.200	35.284	869	830.022
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.082.425	1.239	74.705	104.417	39.410	5.223.376
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	127.117	150	12.693	2.687	4.876	137.771
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	225.314	235	213.680	-144.818	356	294.055
	6.214.978	5.909	312.278	-2.430	45.511	6.485.224
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.479	261	2.243	842	0	31.825
2. Ausleihungen an verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	10.887	86	4.881	0	1.796	14.058
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	3.568	0	0	0	0	3.568
4. Beteiligungen	199.268	2	2.846	-842	2.934	198.340
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit de- nen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.180	0	0	0	311	6.869
6. Sonstige Ausleihungen	814	0	5	0	206	613
	250.196	349	9.975	0	5.247	255.273
	6.637.814	6.318	330.886	0	56.035	6.918.983

in TEUR

Kumulierte Abschreibungen							Buchwerte	
01.01.2024	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Zuschrei- bungen	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
2.546	0	277	0	0	0	2.823	1.677	1.419
141.056	18	5.698	0	0	945	145.827	16.029	14.519
0	0	0	0	0	0	0	12.130	13.100
143.602	18	5.975	0	0	945	148.650	29.836	29.038
358.796	1.670	16.111	14	0	-903	377.494	452.528	421.326
2.975.187	783	173.570	-14	0	38.976	3.110.550	2.112.826	2.107.238
98.664	110	10.883	0	0	4.724	104.933	32.838	28.453
616	10	190	0	0	119	697	293.358	224.698
3.433.263	2.573	200.754	0	0	42.916	3.593.674	2.891.550	2.781.715
0	1	163	842	0	0	1.006	30.819	28.479
0	1	0	0	0	0	1	14.057	10.887
3.568	0	0	0	0	0	3.568	0	0
108.461	1	900	-842	0	2.934	105.586	92.754	90.807
1.861	0	0	0	0	0	1.861	5.008	5.319
0	0	0	0	0	0	0	613	814
113.890	3	1.063	0	0	2.934	112.022	143.251	136.306
3.690.755	2.594	207.792	0	0	46.795	3.854.346	3.064.637	2.947.059

Konzernkapitalflussrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	in TEUR	
	2024	2023
Konzernjahresüberschuss	61.262	54.149
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	206.728	231.978
Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.063	872
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	0	134
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	0	-742
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-7.386	-7.120
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-43.480	-42.413
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	709	-1.660
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	86	2.067
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-34.927	-17.694
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	47.473	-54.084
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	30.019	10.499
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	15.556	70.981
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	27.557	29.327
Beteiligungserträge (-)	-7.637	-7.008
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	18.889	22.770
Ertragsteuerauszahlungen (-)	-31.692	-9.309
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	284.220	282.747
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	8.530	10.356
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-8.633	-8.786
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-304.039	-349.101
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-9.975	-7.252
(+) erhaltene Investitionszuschüsse	62.645	38.711
(+) erhaltene Zinsen	7.777	6.636
(+) erhaltene Beteiligungserträge	7.578	6.712
(+) Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen	1.005	982
(-) Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen	-1.476	-1.805
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-236.588	-303.547
Einlagen der Gesellschafterin	0	622
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	57.915	203.114
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-107.451	-59.226
Ausschüttungen an andere Gesellschafter	-6.617	-4.757
(-) gezahlte Zinsen	-38.659	-38.056
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-94.812	101.697
Veränderung des Finanzmittelfonds	-47.180	80.897
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	263.682	182.307
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	55	478
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	216.557	263.682
davon: Inanspruchnahme einer kurzfristigen Kreditlinie	-3	0
davon: Forderungen / Verbindlichkeiten aus Cash-Pool	-8.057	-4.500
davon: Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	224.617	268.182
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	216.557	263.682
Wesentliche zahlungsunwirksame Transaktionen		
Unentgeltliche Übertragung von Sachanlagen	8.239	2.595

Konzerneigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2024

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Eigenkapital des Mutterunternehmens						Summe
	Gezeichnetes Kapital	Rücklagen		Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Gewinn- vortrag/ Verlust- vortrag	Konzern- jahres- überschuss/ -fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	
		Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen				
		nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	andere Gewinn- rücklagen				
Stand am 31. Dezember 2022	512	651.320	238.388	-13.163	-113.060	-26.631	737.366
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	622	1.009	0	-1.009	0	622
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	6.590	0	0	6.590
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	-25.622	74.926	49.304
Stand am 31. Dezember 2023	512	651.942	239.397	-6.573	-139.691	48.295	793.882
Einstellung in/Entnahme aus Rücklagen	0	0	33.948	0	-33.948	0	0
Ausschüttung	0	0	0	0	0	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0	1.387	0	0	1.387
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	82.243	-28.483	53.760
Stand am 31. Dezember 2024	512	651.942	273.345	-5.186	-91.396	19.812	849.029

Nicht beherrschende Anteile				Konzerneigenkapital
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung und Jahres- ergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Eigenkapitaldifferenz aus Währungs- umrechnung	Auf nicht beherr- schende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
92.371	-306	6.659	98.724	836.090
0	0	0	0	622
-4.757	0	0	-4.757	-4.757
0	0	0	0	6.590
-5	0	0	-5	-5
6.659	-118	-1.696	4.845	54.149
94.268	-424	4.963	98.807	892.689
0	0	0	0	0
-6.617	0	0	-6.617	-6.617
0	0	0	0	1.387
-7	0	0	-7	-7
4.963	-26	2.565	7.502	61.262
92.607	-450	7.528	99.685	948.714

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlage-

bericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Teilbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Um-

fang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 16. Mai 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

 digitally
signed by

Carl Erik Daum
Wirtschaftsprüfer

 digitally
signed by

Werner Horn
Wirtschaftsprüfer



Impressum

Herausgeber
LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Reichsstraße 4
Speck's Hof/Aufgang A
D-04109 Leipzig

Tel.: 0341 355300-0
Fax: 0341 355300-10
lvv@L.de

www.L.de

Verantwortlich
Geschäftsführung der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

PDF-Download
www.L.de/geschaeftsbericht